

DP

DEUTSCHE POLIZEI

10/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Polzeisportvereine

Brückenbauer

POLIZEI

GESELLSCHAFT



In Kooperation mit der
Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)

Im Einsatz für alle, **die immer
im Einsatz sind:** unsere Versicherungen.

Wer wie Sie jeden Tag unsere Gesellschaft schützt, verdient Respekt und den besten Schutz. Mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, bieten wir maßgeschneiderte Absicherung und Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



Titel	Innenleben	Hingeschaut
6 „Wir sind imagefördernd“	2 Der Neue, Jochen Kopelke	18 Mitbestimmung beim Beschaffen von Schusswaffen
10 Die kriegen hier alle mehr Selbstbewusstsein	4 Zwischen unseren Werten und denen des Grundgesetzes passt kein Blatt	39 Wenn's gescheppert hat
12 Sport verbindet und integriert	5 Tschüß, liebe Elke!	
	17 Themen der Lebensälteren im Fokus	Im Gespräch
Im Detail	20 David Maaß als Landesvorsitzender bestätigt	24 Was Männer kosten
14 Die nächste Generation der Vorgangsbearbeitung	23 Euer digitales Mitgliedermagazin	34 Staat, Verfassung, Politik
	30 Fakten zu Angriffen gegen Polizeibedienstete	Gelesen
Termin	38 Auf der Spur	32 Wie uns Ungleichheit spaltet
21 Der Blick für das Besondere		
		40 Impressum

DP DIGITAL

Euer digitales Mitgliedermagazin



Innenleben

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach rund zwei Wochen im Amt des Bundesvorsitzenden unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP) stelle ich fest: Meine Zeit in Berlin bis jetzt ist aufregend, arbeitsintensiv und mit dem Willen, erfolgreich zu sein, verbunden. An meiner Seite steht das Team des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV), und wir wollen anpacken. Das Motto unseres vergangenen Bundeskongresses „Für uns. Für morgen“ ist uns nach wie vor präsent – und uns eine Verpflichtung. Vor diesem Hintergrund, aktiv und unterwegs zu sein, ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen wollen.

Wir brauchen jedoch auch Eure Hilfe und Unterstützung, wenn unsere GdP ihre Power voll und ganz auf die Straße bringen soll. Anfang Oktober ist schon ein guter Zeitpunkt für einen ordentlichen Kickstart. Der 1.10. ist der traditionelle Einstellungstag bei den Polizeien der Länder und des Bundes. Lasst uns jedoch nicht nur an diesem, sondern an jedem Tag deutlich machen, warum unsere GdP die einzige Alternative der gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung

für Polizeibeschäftigte hierzulande ist. Wir haben wirklich etwas zu bieten, wo andere ihre Praxisferne hinter vollmundigen Sprüchen verstecken und oft als Billigheimer und Kopisten auftreten.

Der Oktober ist auch in anderer Hinsicht ein besonderer Monat. Als Deutsche feiern wir die Einheit, und wir laden andere ein, sich mit uns gemeinsam an der Überwindung der Teilung zu erfreuen. In diesem Jahr werden die Feierlichkeiten jedoch von den Schicksalen und den Wirkungen angesichts des rücksichtslosen Angriffs Russlands auf die Ukraine überschattet. Eine Begleiterecheinung dessen ist das spürbare Knirschen an den Bruchkanten der tektonischen Platten unserer Gesellschaft. An der einen oder anderen Stelle sind bereits Spalten erkennbar, und es gibt Kräfte im politischen Raum, wie auch darüber hinaus, die dies befördern und aktiv den Hebel ansetzen.

Insbesondere fällt mir dabei eine Partei ins Auge, von der wir uns im März 2021 als GdP glasklar distanziert haben. Dafür bin

ich meinen Vorgängerinnen und Vorgängern sehr dankbar. „Was haben wir mit denen zu besprechen“, fragte beim GdP-Bundeskongress 2018 mein jetziger Kollege im GBV Sven Hüber zurecht und gab im gleichen Atemzug auch die richtige Antwort darauf: „Gar nichts.“ Und dabei bleibt es.

Ungewissheit ist Berufsalltag einer Polizistin oder eines Polizisten. Daran haben wir uns gewöhnt. Wir wissen oft nicht, was uns erwartet, doch haben wir einen Plan, wie wir mit der Lage umzugehen haben. Die Professionalität, mit der wir mit Menschen und Situationen umgehen, sucht seinesgleichen. Unterstützt werden wir dabei von einer sorgfältig und akribisch arbeitenden Verwaltung, die, und das konnten wir während der Coronaphase erleben, ebenso tatkräftig wie kreativ sein kann. Und doch hat die Ungewissheit des kommenden Herbstes einen besonderen Charakter. Wir dürfen weder als Polizei noch als GdP den Entwicklungen nur als Zuschauende begeben. Wir



müssen Gestaltende sein. Das ist eine Herausforderung, die wir bereits angenommen haben.

Landläufig sagt man, es seien dicke Bretter zu bohren, wenn es schwierig zu werden scheint, etwas durchzusetzen. Lasst uns konkret werden. Die Flutkatastrophe an der Erft und im Ahrtal hat uns teils dramatisch aufgezeigt, an welchen Stellen die Sicherheitsbehörden nicht gut genug aufgestellt waren. Die Politik des schon fast exzessiven Ausgliederns wieder einzufangen, wird eines dieser massiven, dicken Bretter sein, bei dem mehr als ein Handbohrer notwendig sein wird, sondern größeres Gerät.

Ein zweites: Die erschütternden Morde von Kusel haben uns auf tragische Weise vor Augen geführt, dass die Absicherung unserer Kolleginnen und Kollegen hierzulande höchst unterschiedlich ist. Da müssen wir ran!

Noch ein Schulterblick auf die schleppe Digitalisierung. In dieser Ausgabe beschreibt unser niedersächsische Kollege Oliver Stock Wege für eine „besser-digitale“ Polizei. Eine Polizei, die funktionierende digitale Unterstützung erfährt und das Digitale nicht als Last empfindet.

Auch an dieser Stelle werden wir, unterstützt von einem Fachgremium aus Digital-expertinnen und -experten, weiter hart am Wind segeln.

Mir persönlich geht das alles noch zu langsam, vieles ist zu diffus und ein Ende nicht absehbar. Wir wollen dabei mithelfen, die Digitalisierung voranzutreiben. Das Angebot steht. Und es wäre gut und klug, liebe man uns mitmachen. Denn wir schau-

en nicht nur auf die Technik, sondern auch auf den Menschen. Beides muss eine Einheit sein.

Ihr seht, wir haben einiges vor. Auf geht's.



Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender
der Gewerkschaft der Polizei



DER SCHEIDENDE GdP-BUNDESVORSITZENDE

Zwischen unseren Werten und denen des Grundgesetzes passt kein Blatt



Energiepreise, Inflation, Arbeitsplätze, Proteste: In den letzten Redebeiträgen im Amt des GdP-Bundesvorsitzenden thematisierte der scheidende GdP-Chef Oliver Malchow die aktuelle politische Lage – auch angesichts öffentlicher Mutmaßungen um einen vermeintlich „heißen Herbst“.

„Wie geht es uns, wenn wir daran denken, dass Menschen mit Zukunftsängsten, die womöglich ihre Lebensverhältnisse bedroht sehen, auf die Straße gehen und wir als Polizei dann dazwischenstehen. Wie geht es uns als Polizei, die den Rechtsstaat zu verteidigen hat, die die Versammlungsfreiheit gewährleisten muss?“ Diese Fragen beschäftigten ihn, sagte Malchow anlässlich des 27. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Er sei am Morgen vor Beginn des Bundeskongresses in einem Radio-Interview gefragt worden, was die Polizei gegen Unruhen machen würde. Er habe verdeutlicht, dass es schädlich sei, Auseinandersetzungen herbeizureden. Es sei indes richtig, als Polizei vorbereitet zu sein. Das hätten die zahlreichen „Corona-Spaziergänge“ und die damit zusammenhängenden polizeilichen Einsätze im vergangenen Jahr, verdeutlicht. Malchow: „Es gibt Menschen, die zündeln.

Diesen können und werden wir uns als Gewerkschaft konsequent entgegenstellen. Wir wollen und werden demonstrieren, dass die GdP vollends zu ihren und den in unserem Grundgesetz festgeschriebenen Werten steht. Dazwischen passt kein Blatt.“

Malchow appellierte an die Delegierten, die Werte und Ideen der Gewerkschaft der Polizei zu festigen und voranzutreiben. „Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tragen Verantwortung für 200.000 Mitglieder. Dieser großen Verantwortung sind wir gerecht geworden und wollen es auch in Zukunft – auch in schlechten und schwierigen Zeiten.“

Die GdP sei stark besetzt. Sie bestehe aus engagierten, motivierten und fähigen Menschen. „Wir sind bis in die kleinsten Untergliederungen sehr gut aufgestellt. Das macht uns stark.“ Die GdP, so zeigte sich Malchow überzeugt, werde ihre wichtige Rolle für eine demokratische und soziale Gesellschaft ausfüllen. red ■

A photograph of Elke Gündner-Ede, a woman with blonde hair, wearing a white blazer over a green top and a necklace. She is smiling and looking towards the camera. She is seated in a dark chair. In the background, there is a large green and white banner with the text "FÜR UNS. FÜR MORGEN". The setting appears to be a conference or event with other people and equipment visible in the distance.

**FÜR UNS.
FÜR MORGEN**

Tschüß, liebe Elke!

Elke Gündner-Ede verläßt nach 16 Jahren den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. In der DP-Novemberausgabe wird sie eine Bilanz der GdP-Frauen- und Gleichstellungspolitik ziehen.



Titel

POLIZEISPORTVEREINE

„Wir sind imagefördernd“

Johannes Daxbacher ist seit rund 40 Jahren aktiver Polizeisportler. Im Interview gibt der hochdekorierte Judoka Einblicke in einen von vielen Polizeisportvereinen in Deutschland. Ein Gespräch über den Bau von Brücken, den Abbau von Vorurteilen und Vorbildfunktionen.

Christoph Ruf

DP: Herr Daxbacher, wie finden Sie die folgende Definition: „Ein Polizeisportverein ist eine Betriebssportgruppe der Polizei, die sich häufig auch Außenstehenden öffnet“?

Johannes Daxbacher: Nicht so gut, das klingt ja so, als ob wir nur in Ausnahmefällen Menschen aufnehmen, die nicht bei der Polizei arbeiten – was wahrscheinlich auch viele Leute glauben. Wo haben Sie das denn gefunden?

DP: Bei „Wikipedia“.

Daxbacher: Das stimmt so aber nicht. Nehmen Sie meinen Verein: Die meisten bei uns sind ganz normale Bürger. Wir haben nur die Vorgabe, dass die Führungscrew aus aktiven oder ehemaligen Polizisten bestehen muss, um den Kontakt zum Hausherrn, dem Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei zu halten. Ansonsten sind wir für alle offen.

DP: Welche Sportarten bieten Sie in Königsbrunn an?

Daxbacher: Schießsport, allerdings nur für Erwachsene. Zudem Badminton, Turnen, Tischtennis, Leichtathletik und Judo. Wir haben Mitglieder aus allen Nationalitäten und Schichten, auch Leute, bei denen das Sozialamt die Trainingsgebühr übernimmt. Vom Zweijährigen beim Mutter-und-Kind-Turnen bis zur Rentnerin beim Seniorenturnen sind alle Altersgruppen vertreten.

DP: Sie selbst sind seit rund 40 Jahren aktiver Polizeisportler. Inwiefern hat sich das Selbstverständnis seither geändert?

Daxbacher: Als ich 1982 anfing, hatten wir schon eine funktionierende Jugendarbeit mit vielen Kontakten in die Zivilgesellschaft. Aber es stimmt: Wir haben uns dann Stück für Stück immer weiter geöffnet. Wir finden, dass wir als Polizeisportverein eine Brückenfunktion innehaben, gehen mit ausbreiteten Armen auf die Menschen zu und laden sie ein, zu uns zu kommen und Sport zu machen. Wir nennen uns auch ganz bewusst nicht „PSV“, sondern schreiben die Abkürzung aus: „Polizeisportverein Königsbrunn.“

DP: Was erhoffen Sie sich davon?

Daxbacher: Wenn die Medien über unseren Verein berichten – über das Jugendfest, sportliche Erfolge, die Freizeiten – fällt die Berichterstattung in aller Regel positiv aus. Und wenn dann doch mal eine negative Schlagzeile zur Polizeiarbeit kommt – zum Beispiel, weil ein Einsatz schlecht gelaufen ist oder der Blitzer falsch eingestellt war – relativiert sich das.

DP: Polizeisportvereine sind also imagefördernd für die gesamte Institution?

Daxbacher: Davon bin ich absolut überzeugt. Wobei das natürlich ein wechselseitiger Prozess ist, denn wir alle profitieren ja davon, dass die Polizei insgesamt so gut an-

gesehen ist, wie uns das ja auch alle Rankings attestieren. Uns sagen jedenfalls viele Eltern, dass sie sich einfach besser fühlen, wenn ein Polizist der Trainer ihrer Kinder ist. Und es ist auch schon vorgekommen, dass Jugendliche, die vorher vielleicht sogar das ein oder andere Vorurteil hatten, so gute Erfahrungen mit ihrem Trainer von der Polizei machen, dass sie sagen: Ich gehe jetzt auch zur Polizei. Wir sind auf jeden Fall imagefördernd. Ich könnte Ihnen da viele Beispiele nennen.

DP: Nur zu.

Daxbacher: Ein Jugendlicher, der bei uns aktiv ist, war gerade mit Freunden am See, als eine Streife vorfuhr. Alle seine Kumpel liefen dann weg, nur er sagte: „Bleibt stehen, wir haben nichts getan, warum sollten wir wegrennen?“ Kurz darauf haben dann alle gemerkt, dass man vor uns keine Angst zu haben braucht. Wir haben in Königsbrunn 450 Mitglieder. Und ich glaube einfach, dass im Laufe der Jahre nun schon viele Generationen von Mitgliedern, die ja auch Multiplikatoren sind, durch uns ein positiveres Polizeibild bekommen haben. Sonst würden sie ihre Kinder nicht zu uns schicken. Und es würde nicht passieren, dass Eltern für uns öffentlich Partei ergreifen, wenn sie finden, dass wir in einer politischen Debatte zu schlecht wegkommen. Wir hatten sogar einmal eine Frau bei uns, die im Nachhinein sagte, durch das Training bei uns sei ihr Leben „gerettet“ worden.

DP: Das klingt dramatisch. Wie meinte sie das denn?

Daxbacher: Ich hoffe, dass sie das nur im übertragenen Sinne gemeint hat. Als sie zu uns kam, war sie jedenfalls mächtig auf der schiefen Bahn. Sie hatte es ganz sicher nicht leicht im Leben, man hat ihr aber auch nie Grenzen gesetzt. Die hat sich dann, als sie sich gefangen hatte und selbst Mutter war, vorgenommen, dass ihre Kinder all das nicht erleben sollten, was sie erlebt hat und hat sie zum Judo im Polizeisportverein angemeldet.

DP: Wo sich manchmal auch schon Neunjährige als Polizeifans zu erkennen geben...

Daxbacher: Das ist wirklich eine schöne Geschichte. Einmal war ein kleines Mädchen namens Alara noch beim Erwachse-

nentraining dabei, weil sie erst danach abgeholt wurde. So lange musste sie sich allerdings selbst beschäftigen. Und dann hat sie dieses Bild gemalt...

DP: Darauf sieht man die Neunjährige und ihren Trainer, also Sie Herr Daxbacher, den sie mit Komplimenten wie „nett“ und „mein Vorbild“ versieht. Und dann steht da dieser Satz: „Ich möchte Polizistin werden, weil ich helfen will.“...

Daxbacher: Da sagt diese Neunjährige: Ich will helfen, und ich will zur Polizei, weil ich einen Trainer habe, der Polizist ist... Manchmal denke ich, dass die Politik vielleicht noch nicht umfassend erkannt hat, welche wichtige gesellschaftliche Funktion die Polzeisportvereine haben.

DP: Wie viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen klagen Sie darüber, dass der Respekt gegenüber der Uniform abgenommen habe. Andererseits finden Sie es traurig, wenn Dreijährigen gesagt wird, sie bekämen Ärger mit der Polizei, wenn sie nicht brav seien.

Daxbacher: Das stimmt, das ärgert mich sehr, wenn Väter oder Mütter so etwas sagen. Die Kinder sollen ja eben keine Angst vor uns haben.

DP: Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen Angst und Respekt, und was hat sie mit Polzeisportvereinen zu tun?

Daxbacher: Die meisten Trainer sind vom Alter her nicht so weit weg von den Jugendlichen, die nehmen den Trainer als jemanden wahr, der ihnen hilft, der ihre Sprache spricht. Sport – das gilt natürlich für jeden Sportverein – vermittelt derweil, dass es Siege und Niederlagen gibt und daran nicht immer die anderen schuld sind. Wer das verstanden hat, fühlt sich dann vielleicht auch nicht ungerecht behandelt, wenn er beim Schwarzfahren erwischt wird, sondern sieht ein, dass er einen Fehler gemacht hat.

DP: Ihr Plädoyer für die Brückenfunktion der Polzeisportvereine würden wohl nicht alle unterschreiben. Wie argumentieren denn diejenigen Polizistinnen und Polizisten, die das anders sehen als Sie?

Daxbacher: Zum einen damit, dass Menschen, die dem Staat und der Polizei kritisch gegenüberstehen, eh nicht zu uns kommen würden. Und dass wir uns noch mehr zu-

sätzliche Arbeit aufhalsen. Was natürlich stimmt, aber es ist eben Zeit, die gut investiert ist. Naja, wer Gründe sucht, findet die auch.

DP: Brücken bauen Sie ja nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern auch international. Wie kam es denn zu Ihrem Engagement in Afrika?

Daxbacher: 2009 kam ein in Berlin wohnender äthiopischer Judoka mit der Frage auf mich zu, ob ich nicht bei der Gründung eines Verbandes in seinem Heimatland helfen könne. Ehrenamtlich natürlich, denn es gäbe kein Geld. Meine Frau, die bei uns im Verein selbst Judo-Trainerin ist, hat mir aber grünes Licht gegeben. Ich muss zugeben, dass ich mir damals vieles leichter vorgestellt hätte.

DP: Was meinen Sie?

Daxbacher: Es kam eigentlich nie vor, dass ich beim zweiten Besuch noch den gleichen Ansprechpartner hatte. Die Korruption erschwert alles, und leider gibt es in Äthiopien gerade wieder hunderte Tote wegen ethnischer Konflikte. Es gab aber auch hierzulande viele unnötige Probleme, wo es einfach darum gegangen wäre zu helfen. Und trotzdem lohnt sich unsere Arbeit trotz aller Frustrationen und Widrigkeiten. Wir haben beispielsweise in Äthiopien Judotrainer ausbilden können und schon mehrfach containerweise Trainingsgerät in den Senegal, nach Äthiopien, Myanmar oder Südafrika gebracht. Über die Jahre sind da viele Freundschaften entstanden.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



Das geht runter wie Öl: Sportlerin Alara bedankte sich bei Johannes Daxbacher mit diesem Bild.

„ Wir finden, dass wir als Polizeisportverein eine Brückenfunktion innehaben, gehen mit ausgebreiteten Armen auf die Menschen zu und laden sie ein, zu uns zu kommen und Sport zu machen.



FRÜHER DE FACTO DIE BETRIEBSSPORTGRUPPE DER POLIZEI

Die kriegen hier alle mehr Selbstbewusstsein



DP-Autor Christoph Ruf hat sich in einem Polzeisportverein umgeschaut. Samthandschuhe waren dort wahrlich die Ausnahme.

Christoph Ruf

Im Karlsruher Polzeisportverein sind nur noch wenige Polizisten organisiert. Es ist einer von diesen brüllend heißen Sommertagen, wie es sie 2022 dutzendfach im Badischen gab: 35 Grad zeigt das Thermometer heute an. Und das um 18 Uhr. Jörn Masuch, der in den nächsten eineinhalb Stunden das Boxtraining beim Polzeisportverein Karlsruhe leiten wird, ist angesichts der klimatischen Verhältnisse ganz zufrieden mit dem heutigen Trainingsbesuch: 140 Personen sind in der Box-Abteilung registriert, fast 40 davon sind heute zum Training gekommen. Und die wissen, dass sie jetzt ins Schwitzen kommen werden.

Während ein Mittzwanziger zusammen mit ein paar anderen minutenlang seil-springt, machen andere Sit-ups, ein Mädchen im Teenager-Alter hält den Rücken brettgerade in der Horizontalen – und macht gefühlt hundert einarmige Liegestützen.

„Unsere Abteilung ist zuletzt stark gewachsen“, freut sich Masuch, der selbst erst als 36-Jähriger zum Boxsport kam. Doch seither hat ihn die Faszination des Sports nicht mehr verlassen. Zuschlagen kann jeder, findet er. Aber darum geht es nicht. Im Idealfall, sagt Masuch, ist Boxen eine einzige, traumwandlerisch-intuitiv vollführte runde Bewegung, ein Zusammenspiel, aus Technik, Koordination und Kraft. Gegen Ende des Trainings, im improvisierten Sparring, werden zwei etwa Gleichaltrige, ein Junge und ein Mädchen, zeigen, was sie in den vergangenen Jahren gelernt haben. Und das sieht beeindruckend aus.

„Die kriegen hier alle mehr Selbstbewusstsein“, sagt Masuch und berichtet von einem Mädchen – der Frauenanteil liegt hier mit steigender Tendenz bei etwa 20 Prozent – die anfangs jeden Blickkontakt vermied und über Wochen immer wieder aufgefordert werden musste, „den Sandsack nicht zu streicheln, wenn es hieß, sie solle fest zuschlagen“. Heute ist sie eine der besten Boxerinnen, „ein großes Bewegungstalent“,

wie der Trainer weiß, der großen Wert darauf legt, dass man hier nichts mit den Gyms zu tun haben will, die „nach den Wertmaßstäben von weiß Gott welchem Jahrhundert arbeiten“.

Einer seiner heutigen Schüler kommt aus solch einem Gym. Da wurde er als Initiationsritus erst mal eine Viertelstunde im Ring verprügelt. „Wenn er danach wiederkommt, ist er ein Guter“, habe es da heißen. Masuch schüttelt den Kopf. Tumbe Schläger – so viel zur Werteorientierung – wollen sie hier nicht. Denn Boxen ist für ihn vieles, aber nicht hirnlose Gewalt: „Wer hier hochfährt und sich nach Regeln verprügelt, braucht in der Straßenbahn keine kurze Zündschnur mehr, um seinen Körper zu spüren“, weiß Masuch, der auf die eher nebenbei gestellte Frage nach der Polizistenquote in der Trainingsgruppe eine überraschende

„
Wer hier hochfährt
und sich nach Regeln
verprügelt, braucht in
der Straßenbahn keine
kurze Zündschnur mehr,
um seinen Körper
zu spüren.“

Antwort gibt: „Äh, also heute ist hier keiner, aber am Dienstag kommt einer, der ist meines Wissens im Polizeidienst.“

PSV aus vollster Überzeugung

Attila Horvat ist Vorstandsmitglied beim PSV und nicht nur aufgrund seiner Schlagfertigkeit bestens geeignet, um den Verein kompetent vorzustellen. Schließlich schreibt er gerade in diversen Nachtschichten die Chronik zum 100-jährigen Vereinsjubiläum, das der Verein im Dezember begehen wird. Im Hauptberuf leitet er die Volkshochschule im südlich von Karlsruhe gelegenen Ettlingen und muss erst mal herzlich lachen, als er hört, dass man eigentlich davon ausgegangen war, einen Polizisten als Gesprächspartner zu haben. „Ich bin übers Fechten zum PSV gekommen und seit Mitte der Neunziger im Vorstand“, berichtet er. Schon damals seien höchstens 20 Prozent der Mitglieder bei der Polizei gewesen. Im Laufe der Jahre sei die Quote weiter gesunken. „Die älteren Mitglieder erzählen aber immer gerne, wie es früher war. Noch in den Sechzigern gab es beim Dienstantritt auf dem Revier noch zwei zusätzliche Formulare zum Ausfüllen. Eines für den Beitritt zur Gewerkschaft und eines für den Polzeisportverein. Und man tat wohl gut daran, beide zu unterschreiben.“

Nun, anno 2022, sei kein einziger aktiver Polizist mehr im Vorstand, obwohl man es gerne gesehen hätte, wenn jemand kandidiert hätte. „Heute würde ich uns als modernen Großsportverein mit Polizeigeschichte beschreiben“. Doch das, so Horvat, bedeute nicht, dass man die drei Buchstaben P-S-V nicht aus vollster Überzeugung trage. Zum einen herrsche eine inhaltliche Kontinuität, „Kampfsport und Selbstverteidigung sind unsere DNA geblieben“, sagt Horvat und verweist darauf, dass in den ersten Jahrzehnten der Vereinsgeschichte, als der PSV de facto die Betriebssportgruppe der Polizei gewesen sei, natürlich vor allem Sportarten angeboten wurden, die einen Bezug zur beruflichen Praxis hatten oder der Selbstverteidigung dienten: Judo, Ringen, Boxen oder Schwimmen beispielsweise. Heute bietet man den rund 2.000 Mitgliedern 16 Sportarten an, aber dass Masuchs Boxabteilung so gut frequentiert ist, ist kein Zufall. Abgesehen von Reha-Sport und einigen Ballsport-

Titel



Foto: Marcus Gilar

Chef im Ring: Jörn Masuch leitet das Boxtraining im Polizeisportverein Karlsruhe.

arten sind fast alle Sparten aus dem Bereich „Kampfsport und Selbstbehauptung“, darunter auch Brazilian Jiu-Jitsu, das in der Region sonst kaum irgendwo angeboten wird.

Barrieren abtragen – Brücken bauen

Insgesamt 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten heute beim PSV, der 70 Trainer beschäftigt und auch dank des Fitnessstudios auf eine Million Euro Jahresumsatz kommt. Die im Laufe der Jahrzehnte immer weitergehende Öffnung des Vereines habe natürlich auch einen kommerziellen Hintergrund, sagt Horvat. Doch dass man kostendeckend arbeiten müsse, sei nicht der Hauptgrund dafür gewesen, dass schon längst (wenige) Polizisten und (viele) Nicht-Polizisten zusammen trainierten: „Dahinter stand vor allem das Anliegen, die Barrieren zwischen Polizei und dem Rest der Gesellschaft abzutragen und Brücken zu bauen.“ Und das, so Horvat, sei definitiv gelungen. „Wir hören oft von Eltern, dass sie ihre Kinder ganz bewusst zum Boxtraining beim Polizeisportverein schicken. Damit assoziiert man eben doch etwas anderes als mit einem Etablissement, das ‚American-Stafford-Fighting-Gym‘ oder so ähnlich heißt.“ ■

POLIZEISPORTVEREINE ALS BRÜCKE IN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Sport verbindet und integriert

Seit jeher spielen Sport und die Sportförderung bei der Polizei eine große Rolle. Dies sollten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Polizeisportvereine (PSV) unterstützen. Mit den Jahren öffneten sie sich für alle Berufsgruppen und bieten eine Vielzahl von Breitensportarten an. Ihre Botschaft: Polizistinnen und Polizisten sollen der Bevölkerung nicht nur als „Freund und Helfer“ in Gefahrensituationen zur Seite stehen. Sie können auch als Sportkameraden dazu beitragen, Vorurteile und Hemmschwellen gegenüber der Staatsgewalt abzubauen. Frank Schemmer ist seit 17 Jahren Vorsitzender des PSV Unna, einem der mehr als 160 Polizeisportvereine in Deutschland, sowie aktueller Geschäftsführer des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK). Im DP-Gespräch erklärt er, was den Polizeisport für ihn so besonders macht.

Kristina Franke

Die Polizei als Marke

Polizeisportvereine schauen auf eine lange Tradition zurück. Viele wurden bereits in den 1920er-Jahren von Sportgruppen der Polizei gegründet. Im Laufe der Jahre haben sich die Schwerpunkte mehr und mehr vom Leistungssport zum Breitensport verlagert. Außerdem bieten nahezu alle Polizeisportvereine ihre Sportangebote mittlerweile nicht nur Polizeiangehörigen, sondern auch Außenstehenden an. Bundesweit existieren heute 163 Vereine mit insgesamt rund 180.000 Mitgliedern. Die große Mehrheit sind davon inzwischen Normalbürgerinnen und -bürger. „Polizeisportvereine unterscheiden sich heutzutage nicht mehr großartig von anderen Sportvereinen“, erklärt Frank Schemmer. „Sie bieten die gleichen Sportangebote an wie andere Vereine auch, darunter Fußball, Handball, Badminton, Volleyball, Leichtathletik Judo oder Turnen.“ Manchmal gehören aber auch ausgefallene Sportarten wie American Football, Ultimate Frisbee, Segeln (Sportvereinigung Polizei Hamburg) oder Schwertkampf (Polizeisportverein Bielefeld) zum Programm. Eine Reihe von Angeboten richten sich gezielt an Kinder und Jugendliche. Bei vielen Polizeisportver-

einen gehören auch Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse vor allem für Frauen, Kinder oder Senioren zum Angebot. Ziel ist es, das Selbstvertrauen und das Körperbewusstsein der Trainierenden zu stärken. In den Kursen werden außerdem Methoden und Techniken vermittelt, wie man sich selbst vor Angriffen schützen kann. Einen entscheidenden Unterschied zu gewöhnlichen Sportvereinen gibt es für Frank Schemmer jedoch: „Auch wenn heute überwiegend Bürgerinnen und Bürger in den Polizeisportvereinen trainieren, profitieren die Mitglieder immer von der direkten Nähe zu den Polizeibehörden. Allein schon der Begriff „Polizei“ im Vereinsnamen hat in der Öffentlichkeit eine herausragende Wirkung.“

Fit für den Beruf durch Sport

Da der Polizeiberuf hohe Anforderungen an die physische und psychische Belastbarkeit stellt, ist es für Polizistinnen und Polizisten besonders wichtig, regelmäßig Sport zu treiben und fit zu bleiben. „Die Sportangebote in unseren Vereinen helfen den Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen, wo in ihrem Arbeitsalltag Schnelligkeit, Ausdauer und Kraft gefordert ist“, so Schemmer.

„Und zwar nicht nur, um für Großeinsätze und Krawalle gewappnet zu sein, sondern auch im kleineren Rahmen – beispielsweise, um sich körperlich und seelisch auf Fälle von häuslicher Gewalt vorzubereiten.“ Außerdem helfe der Sport nach schwierigen Einsätzen auch beim Stressabbau. Die verschiedenen Sportarten kommen den Polizistinnen und Polizisten unterschiedlich zugute. Bei den typischen Mannschaftssportarten wie Fußball oder Handball sei es vor allem der Teamgeist, der gestärkt werde. Vom Schwimmen profitieren Polizistinnen und Polizisten, die sich häufig im Wasser bewegen. „Und bei der Selbstverteidigung wie Judo oder Jiu-Jitsu fließen natürlich enorm viele Techniken ein, die auch schon in der Ausbildung von Polizisten eine wichtige Rolle spielen.“

Brücke in die Zivilgesellschaft

Polizeisportvereine bieten Polizeibeamtinnen und -beamten also einerseits die Möglichkeit, durch sportliche Betätigung den Belastungen ihres Dienstes gerecht zu werden. Hauptsächlich verstehen sich die Vereine jedoch auch als Bindeglied zwischen den Bürgern und der Polizei. Denn über das gemeinsame Training wird das Verhältnis zwischen den Beamtinnen und Beamten und

der Zivilgesellschaft nachhaltig verbessert. „Ich finde dieses Miteinander, wenn Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Polizistinnen und Polizisten trainieren, enorm wichtig“, so Schemmer. „Polizeisportvereine erfüllen eine große soziale Aufgabe, gerade in einer Zeit, die nicht frei von Konflikten ist. Sie leisten auch sehr viel im Bereich der Integration, etwa um zugewanderte Menschen in unsere Gesellschaft einzuführen.“ Ein Beispiel ist das vom PSV Mönchengladbach initiierte und 2020 vom nordrhein-westfälischen Innenministerium ausgezeichnete Projekt „Frauen stärken Frauen“, ein Selbstbehauptungskurs, der sich an Frauen mit Migrationshintergrund richtet. Außerdem haben die Polizistinnen und Polizisten in den Vereinen eine wichtige Vorbildrolle – etwa, wenn sie als Trainer oder Funktionäre den Bürgerinnen und Bürgern einen positiven Eindruck vermitteln. „Ich habe letztens noch mit einem Kollegen aus Bayern gesprochen, der ein Bild von einer jungen Teilnehmerin aus seinem Selbstverteidigungskurs geschenkt bekommen hat“, erinnert sich Schemmer. Sein tolles und positives Auftreten als Trainer habe dazu geführt, dass das Mädchen später auf jeden Fall Polizistin werden möchte. „Solche Momente gibt es immer wieder mal und beweisen uns, dass unsere Vereine eine wertvolle Brücke in die Zivilgesellschaft sind.“ ■

Das Deutsche Polizeisportkuratorium

Seit mehr als 70 Jahren gibt es das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK), die Dachorganisation des Polizeisports in Deutschland. Das DPSK wurde am 3. November 1949 in Frankfurt am Main mit dem Ziel gegründet, die körperliche Leistungsfähigkeit von Polizistinnen und Polizisten zu fördern und den Polizeisport bundesweit wieder nach vorne zu bringen. Das Kuratorium setzt sich aus den Polizeisportbeauftragten des Bundes und der Länder zusammen und wird durch einen selbstgewählten Vorstand geführt, dem eine Geschäftsstelle und ein Fachausschuss zur Seite stehen. Eine wichtige Aufgabe des DPSK ist es, Bund und Länder bei der Durchführung des Dienstsports und Gesundheits- beziehungsweise Präventionssports zu beraten und zu unterstützen. Im Spitzensport führte das DPSK erstmals im Jahr 1950 die Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) in den Sportarten Skilauf, Boxen, Schwimmen und Retten, Handball, Leichtathletik sowie Mehrkampf durch. Heute werden die DPM in insgesamt neun Sportarten veranstaltet. Im Bereich der Europäischen Polizeimeisterschaften (EPM) ist das DPSK außerdem dafür zuständig, eine Auswahl für die deutsche Polizeinationalmannschaft zusammenzustellen, vorzubereiten und bei den EPM zu begleiten. Das DPSK zählt zu den herausragenden Nationen. In diesem Jahr wurden die Frauen im Fußball zum dritten Mal in Folge europäische Polizeimeisterinnen, gewann die Basketballer die Silbermedaille und die TennisspielerInnen bei der EPM Tennis in Münster 10 von 15 Medaillen.

ANZEIGE


LEDLENSER

**DAS PERFEKTE LICHT
FÜR JEDEN EINSATZ**



**GdP-Plus
Partner**

Besuchen Sie uns!

ledlenser.com

Im Detail

DIGITALE ASSISTENTEN

Die nächste Generation der Vorgangsbearbeitung

DP-Autor Oliver Stock erläutert, warum und wie innovative digitale Assistenten die polizeiliche Arbeit verändern – die Vorgangsbearbeitung der nächsten Generation.

Oliver Stock



Nach der Zielsetzung der „Saarbrücker Agenda“ vom 30. November 2016 zur Schaffung einer „gemeinsamen, modernen und einheitlichen Informationsarchitektur soll jede Polizistin und jeder Polizist nach Maßgabe der rechtlichen Rahmenbedingungen jederzeit und überall Zugriff auf diejenigen Informationen erhalten, die für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind“. Das ist eine absolut nachvollziehbare Perspektive, denn die siloartigen und in der Regel nicht kompatiblen Bestandlösungen der Teilnehmenden im Programm Polizei 20/20 (P20) genügen den Herausforderungen an eine moderne und leistungsfähige IT-Struktur der Sicherheitsbehörden schon länger nicht mehr. Nach rund fünf Jahren sind jedoch bislang kaum spürbare Verbes-

serungen für die Kolleginnen und Kollegen festzustellen.

Dabei führten die vor 21 Jahren von einer Gruppe von Software-Entwicklern verfassten Verhaltensprinzipien und Regeln des sogenannten agilen Manifestes zu einem deutlichen Perspektivwechsel bei der Entwicklung von Softwarelösungen. Dessen Wertepinzipien und Thesen stehen für eine heute in vielen Unternehmen standardmäßig adaptierte, bessere und individuellere Softwareentwicklung.

Von moderner Softwareentwicklung und -nutzung ist man in P20 gegenwärtig indes weit entfernt. Warum? Schwierige Abstimmungsprozesse unter den Teilnehmenden sowie langwierige Basisarbeiten bei der Vorbereitung neuer gemeinsamer digitaler

Werkzeuge beanspruchen sehr viel, ja sogar zu viel Zeit.

Falsche Weichenstellung

Entgegen der sich bereits damals abzeichnenden digitalen Herausforderungen, wurden in den vergangenen Jahrzehnten in den meisten Polizeien hierzulande polizeiinterne Softwareentwicklerinnen und -entwickler sowie IT-Expertinnen und IT-Experten stark reduziert. Insbesondere bei der Bürokommunikation oder auch in der Digitalforensik setzte man auf Standardprodukte der Softwareindustrie. Fachspezifische Polizei-IT wurde weder innovativ noch konsequent weiterentwickelt. Das Ergebnis: Die Polizei steht heute der Dynamik der rasanten Digitalisierung aller Arbeitsbereiche ohne ausreichendes IT-Know-how gegenüber – ein klarer Nachteil für die digitale Transformation.

Eine weitere Hürde: Digitalisierung bedeutet offenbar noch vielfach, bisherige analoge Abläufe digital nachzubauen. Stattdessen sollten Prozesse neu, mit moderner Technologie, übergreifend durchdacht und frisch modelliert werden. Um dies bei den Strafverfolgungsbehörden Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es jedoch ein grundlegend verändertes Verständnis für den Einsatz moderner Technologien wie Cloud-Computing, Data-Analytics, Künstliche Intelligenz, digitale Assistenz, Social-Media-Anwendungen und die Ausstattung mit mobilen Endgeräten. Und in der Aus- und Fortbildung oder an Tatorten wird zudem der Einsatz von Augmented Reality (AR) oder Virtual Reality (VR) immer bedeutsamer. Digital werden heißt, die Technologien mit neuen kreativen und möglichst übergreifenden Prozessmodellen zu kombinieren.

Der Anfang Juli 2022 vorgelegte Entwurf einer Digitalstrategie der Bundesregierung kann damit kaum aufwarten, eine digitale Strategie der Polizei findet dort im Übrigen noch nicht einmal Erwähnung.

Mehrwerte erzeugen

Die GdP hat in ihrem Positionspapier das Thema „Digitale Assistenten“ gleich mehrfach aufgegriffen. Diese digitalen Kollegen verfügen über ein herausragendes Potenzi-

Foto: Oliver Stock, adobe.com

Foto: privat

DP-Autor Oliver Stock

ist vom Landesbezirk Niedersachsen entsandtes Mitglied der IT-Kommission der GdP Bund. Als Referent für Cybercrime sowie Finanzkriminalität arbeitet er im niedersächsischen Innenministerium und begleitet verschiedene digitale Projekte der Landespolizei.

al zur Unterstützung ihrer analogen Gegenüber. Darüber hinaus bieten praxisnahe Assistenten eine deutliche Arbeitserleichterung gegenüber einem vergleichsweise starren Vorgangsbearbeitungssystem. Dazu heißt es:

„Die künftige Vorgangsbearbeitung ist modular und als ‚Drehscheibe‘ der polizeilich bewerteten Informationen zu konzipieren. Mit dem Fachverfahren müssen grundsätzlich alle Vorgangsarten bearbeitet werden können, insbesondere sind offene Schnittstellen für Assistenzprozesse im Sinne einer Vorgangsbearbeitung der nächsten Generation zu gewährleisten. Hierfür ist der Bereich Innovation im Programm Polizei 20/20 zu stärken.“

Wir alle sind den Umgang mit digitalen Assistenten aus Abläufen beim Online-Einkauf oder dem Online-Banking gewohnt. Diese Anwendungen sind für die Nutzerinnen und Nutzer nicht sonderlich kompliziert, auch wenn im Hintergrund sehr umfassende Datenanalysen bei den Anbietern durchgeführt werden. Für den Nutzer anspruchsvoller ist dagegen schon die beim Steuerportal Elster assistierte Steuererklärung. Polizeiliche Arbeitsprozesse sind häufig noch vielschichtiger. Sie müssen zudem mit komplexen analytischen Servicefunktionen ausgestattet sein, um Nutzer-Mehrwerte zu erzeugen.

Erste digitale Assistenten befinden sich bereits bei mehreren Polizeien im Einsatz,

zum Beispiel die Fahndungs-App der Bundespolizei oder die digitale Unterstützung der mobilen Aufnahme von Verkehrsunfällen, Straftaten oder anderen polizeilichen Ereignissen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

In der Polizei Niedersachsen wurde ebenfalls ein erster digitaler Assistent entwickelt, der „Cyberguide“. Anlass für dessen Aufbau waren zahlreiche Unzulänglichkeiten bei der Aufnahme von Strafanzeigen bei Internetkriminalität. Fehlerhafte Anzeigenaufnahmen aufgrund der Vielfalt von Delikten, dynamischer Tatbegehungsweisen oder der fehlenden Erkennbarkeit von Tathandlungen in der virtuellen Welt führen bis heute zu einem kaum noch zu bewältigenden Mehraufwand bei der späteren Sachbearbeitung. Mit dem entwickelten System konnten im Cyberguide Fach-, Prozess- und Organisationswissen in einem intelligenten Anzeigeassistenten vereint werden.

Zeitgemäße Unterstützung

Während digitale Assistenten überwiegend für den jeweiligen Anwendungsfall speziell programmiert werden müssen, setzt die Polizei Niedersachsen auf eine Technologie nach dem Systembaukasten-Prinzip auf Basis des Standards „Business Process Management and Notation (BPMN 2.0)“. Das Arbeitswerkzeug für die Entwicklung und Pflege der Assistenten sind Prozessmodelle, die mit den verfügbaren Modellbausteinen (Prozesselementen) erstellt werden. Die eingesetzte BPMN-Software erlaubt die Modellierung zahlreicher unterschiedlicher Assistenten für diverse polizeiliche Arbeitsfelder.

Schon bei der Suche nach geeigneten Softwaretools war den Entwicklern klar, dass sich der Mehrwert digitaler Assistenz nicht auf die Bearbeitung von Cybercrime-Anzeigen beschränken würde. Auch in zahlreichen weiteren Bereichen muss teils sehr spezielles Wissen direkt in die Arbeitsprozesse der Kolleginnen und Kollegen einfließen. Fortbildung allein reicht da nicht mehr.

Und die Optionen sind vielfältig: im Staatsschutz mit einem „Staatsschutz-Guide“, bei der Vermögensabschöpfung mit einem „Finanz-Guide“, bei der Unfall- oder Tatortaufnahme mit einem „Aufnahme-Guide“ oder spezialisierte Kontrollassistenten.

„Künftig würden Bürgerinnen und Bürger die Anzeige direkt in einem intelligenten digitalen Assistenten erstatten, die Polizei kann diese Informationen unmittelbar weiterverarbeiten und dabei weitere unterstützende Assistenzfunktionen nutzen.“

Der Assistent stellt den Anwendenden die richtigen Fragen, ordnet daraufhin die Antworten, erstellt Dokumente und überführt die erforderlichen Informationen in das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem. Skizziert man eine digitale Bearbeitungsstraße über mehrere Arbeitsbereiche hinweg, so könnten verschiedenste Akteure mit digitalen Assistenten bereichsübergreifend gemeinsam arbeiten und kommunizieren.

Künftig würden Bürgerinnen und Bürger die Anzeige direkt in einem intelligenten digitalen Assistenten erstatten. Die Polizei kann diese Informationen unmittelbar weiterverarbeiten und dabei weitere unterstützende Assistenzfunktionen nutzen. Informationen fließen dabei zurück an die Anzeigenden wie an Staatsanwaltschaften sowie in die jeweiligen IT-Systeme der Polizei.

Der erste seiner Art

Um eine möglichst offene Systemstruktur zu schaffen, wurde zunächst das Grundsystem für die Entwicklung digitaler Assistenten und anschließend der Prototyp des Cyberguide entwickelt. Die Komplexität von Anzeigenaufnahmen bei Cybercrime-Delikten boten sich an, weil in der Praxis häufig zahlreiche Bearbeitungsschritte wie Sofortmaßnahmen zur Sicherung von Finanzflüssen oder andere flüchtige Daten nicht erkannt und in der Folge auch nicht rechtzeitig umgesetzt werden. Dies führt bei der späteren Bearbeitung zu aufwändigen Nachermittlungen, die bei Geschädigten nicht un-

ANZEIGE

Zu den Wertepinzipien des „Agilen Manifestes“ gehören:

- Individuen und Interaktionen sind mehr als Prozesse und Werkzeuge.
- Funktionierende Software ist mehr als umfassende Dokumentation.
- Zusammenarbeit mit dem Kunden ist mehr als eine Vertragsverhandlung.
- Reagieren auf Veränderung ist mehr als das Befolgen eines Plans.

Foto: Oliver Stock / atobir.com

POLIZIST IN DER ARKTIS KANADAS

Von Herbert Patrick Lee



Ein junger Einwanderer wurde 1922 für zwei Jahre in die menschenleere Hocharktis versetzt, um RCMP - Aussenposten zu errichten. Eine hoch spannende und faszinierende Geschichte.

Taschenbuch, Hardcover oder Kindle eBook
Bestellen bei www.amazon.de/dp/BOB8XMMG2Q



In der DP-Augustausgabe ist das GdP-Positionspapier „Digitalisierung in der Polizei – Ansprüche und Anforderungen für eine moderne, leistungsstarke und zukunftsfähige Polizei“ vorgestellt worden. Die IT-Kommission der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte die polizeilich bedeutsamen Digitalthemen über zwei Jahre diskutiert und einen umfassenden Forderungskatalog für die digitale Transformation der Polizei erarbeitet.

bedingt den Eindruck professioneller Bearbeitung hinterlassen.

Die Informationsmodelle des Cyberguide wurden mit einer auf die polizeilichen Anforderungen angepassten BPMN-Software von erfahrenen Fachpraktikerinnen und Fachpraktikern modelliert und nach Freigabe automatisiert in der Guide-App bereitgestellt. Damit entfällt die jeweilige Einzelprogrammierung jedes Modells. Die mit Praktikern besetzten Modellierungsteams können ihre Modelle somit schnell und effizient selbst entwickeln und noch schneller anpassen. Für künftige Assistenten bräuchte es also keine Programmierer mehr, sondern modellierende Fachteams, die von einer zentralen Redaktion eingewiesen und unterstützt würden. Allein der Cyberguide verfügt in Niedersachsen über 20 Modellierungsteams für diverse Cybercrime-Modelle. Daran wird mit großem Engagement gearbeitet, was die hohe Akzeptanz und die vielen positiven Rückmeldungen bestätigen.

So funktioniert es

Der niedersächsische Cyberguide steht seit Juni 2022 jeder Dienststelle zur Verfügung. Er arbeitet nicht nur mit Frage- und Antwortlisten, sondern schlägt auch sachverhaltsbezogene Individualtexte vor. Er liefert beispielsweise bereits nach dem ersten Fragen-Antwort-Durchlauf einen Zeugenfragebogen mit ermittlungrelevanten Fakten und leitet den Nutzer damit thematisch auf die ergänzenden deliktsspezifischen Fragen hin. Der Assistent entwickelt seine Ergebnisse aus Informationen, die zuvor von Modellierungsteams als sachverhaltsrelevant im Prozessmodell hinterlegt wurden. Die Anwender ergänzen diese Ergebnisse während des Prozessdurchlaufs durch Individualeingaben sowie durch die vom System im Hintergrund automatisiert ausgelösten Service-dienste.

Sämtliche Ergebnisvorschläge werden im Hintergrund durch das sequenzielle Einsammeln sogenannter BPMN-Textbaustein-elemente auf den jeweils genutzten Prozesspfaden zusammengestellt.

Durch die offenen Gestaltungsmöglichkeiten konnten im Assistenten zahlreiche weitere Fachthemen implementiert werden, zum Beispiel Statistik, Analysen, Prävention oder Belange des Datenschutzes.

Leitlinien bei der Entwicklung des Cyberguide

- **Intuitive Bedienarbeit ohne besondere Vorkenntnisse oder Lehrgänge („Einfachheit über alles“)**
- **Informationsreduzierung auf das Wesentliche und Gewährleistung einer zügiger tiefergehenden Information stets nur als optional aufrufbares Angebot („In der Kürze liegt die Würze“, Zitat: William Shakespeare)**
- **Entlastung durch integrierte Servicefunktionen („Mensch und Maschine – Computer, er diene“, Zitat: Friedrich Löffner)**
- **Geeignetheit auch für andere polizeiliche Fachanwendungen sowie der Online-Wache („Blaupause“)**

Foto: Olmestack & abbe.com

Eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz war jedoch die automatische Überführung der erfassten und sortierten Informationen in das Vorgangssystem der Polizei. Dieses gewährleistet eine Schnittstelle.

So können sich die Produkte des Assistenten heute bereits sehen lassen: Eine korrekte Deliktseinstufung, die dazugehörigen Daten zur Polizeilichen Kriminalstatistik, ein Ergebnisdokument zum Sachverhalt mit Präventionshinweisen für die Anzeigenden, ein Ergebnisdokument mit Hinweisen für die Sachbearbeitung und die Unterstützung durch automatische Generierung des Zeugenfragebogen mit dem bereits erwähnten Einleitungstext.

Funktionen folgen

Darüber hinaus werden künftig weitere Textbausteinoptionen möglich sein, so für Berichtsentwürfe oder Ereignislagemeldungen.

Bekanntermaßen ist auch die Bestimmung des Tatorts essenziell für das Festlegen der Zuständigkeitsregelungen von Polizei und Staatsanwaltschaft. Eine eindeutige

Zuweisung anhand der deliktischen Einstufung und der Tatortbestimmung erlaubt es, teils sehr kräftezehrende Zuständigkeitsklärungen zu vermeiden. Hierfür wurde bereits der erste Schritt zur Automatisierung vollzogen. Dafür wird der Handlungsort beziehungsweise der Ort des Schadenseintritts und das Bearbeitungszuweisungs-raster der Polizei Niedersachsen genutzt. Daneben gibt es im täglichen Dienst bei der Bestimmung der polizeilichen Zuständigkeit weitere zu berücksichtigende Faktoren, darunter bundesweite oder regionale Sonderregelungen sowie temporäre Zuständigkeiten aufgrund eines bestimmten Modus Operandi.

In der aktuellen Ausbaustufe kann der Cyberguide lediglich die „statischen“ Informationen entsprechend des Zuständigkeitsrasters zuordnen, eine Zuständigkeitsanalyse mit „dynamischer“ Berücksichtigung von Sonderregelungen ist eine noch zu lösende Herausforderung.

Ohne Assistenten droht Bearbeitungsinfarkt

Die zunehmende Spezialität und damit verbundene Komplexität polizeilicher Arbeitsprozesse führen heute zu starken Verunsicherungen bei ungeübten Arbeitsabläufen und in der Folge zu teilweise erheblichen Qualitätseinbußen durch Mängel in der Bearbeitung. Aufgrund immer komplizierterer Sachverhalte unter Beachtung zunehmend dezidierterer gesetzlicher Regelungen und internen Arbeitsanweisungen stehen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in zahlreichen Bereichen bereits ohne zeitaufwendige Nachermittlungen unter großem Arbeitsdruck. Die bestehenden Bearbeitungssysteme bieten dabei kaum große Unterstützung.

Mit intelligenten Assistenten können dagegen in komplexen Fachprozessen sowohl erforderliches Nutzerwissen als auch implizites Prozess- und Organisationswissen miteinander verknüpfen werden. Im Ergebnis werden Bearbeitungsabläufe schneller und qualitativ besser. Damit haben digitale Assistenten auch in der Polizei das Potenzial, mit ihren Modellen über fachliche Silos hinweg zu einem Kernelement der Digitalisierung und damit zur Vorgangsbearbeitung der nächsten Generation zu werden. ■

Innenleben



Hybridsitzung des Bundesseniorenvorstandes (BSV): (v.l.) der Bremer Gast Heinfried Keithahn, H. Werner Fischer, Volker Huß, Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerk, Jörg Radek (Geschäftsführender Bundesvorstand), Gundula Thiele-Heckel und Gewerkschaftssekretärin Gudrun Hoffmann. Nicht im Bild Uwe Petermann, der ebenso per Video zugeschaltet war wie weitere BSV-Mitglieder und der Kandidat für die Wahl des GdP-Bundsvorsitzenden Jochen Kopelke (im Bild rechts).

VORBEREITUNG DER SENIORENGRUPPE (BUND) AUF DEN GdP-BUNDESKONGRESS

Lebensältere im Fokus

In einer Hybridsitzung Ende August in Berlin beriet der Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand (GBSV) über die vom Bundesseniorenvorstand eingebrachten Anträge zum Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

H. Werner Fischer

Mit in der Runde per Video eingeklinkt war der Kandidat für den GdP-Bundsvorsitz, Jochen Kopelke, der sich der Runde vorstellte. Verabschiedet hatte sich der im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) für die Seniorengruppe bisher zuständige Jörg Radek.

Intensiv diskutiert wurde einige Anträge des Bundesseniorenvorstandes (BSV) vor dem Hintergrund der Empfehlungen der GdP-Antragsberatungskommission (ABK). Bei diesen Anträgen geht es um die Stärkung der Mitbestimmung, Mitwirkung und Interessenvertretung der Seniorinnen und

Senioren durch eine gesetzliche Rahmenregelung, Verbesserungen der Gesetzeslage für eine bezahlbare Pflege und die Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs. Thematisiert wurde ebenso die Forderung eines Sitzes der Seniorengruppe im GBV. Die Antragsberatungskommission hatte zudem die Nichtbehandlung eines Antrags zur Beihilfe empfohlen, weshalb der Bundesseniorenvorstand Beschwerde beim Bundeskontrollausschuss eingelegt hatte.

Der Bremer Landesseniorenvorsitzende Heinfried Keithahn hatte mit einer Arbeitsgruppe des BSV die Daten und Problempunkte zum Austritt von Mitgliedern beim Übertritt in den Ruhestand erhoben und diese dem GBSV vorgetragen. Der BSV beschloss, die notwendigen Konsequenzen und Möglichkeiten der Gegensteuerung wegen ihrer Bedeutung als Schwerpunkt der nächsten Sitzung zu behandeln. ■

ANZEIGE



DEIN SCHRANK. DEIN SPECIAL.

Möbel nach Maß individuell nach den eigenen Wünschen planen. Auf Wunsch auch mit Beratung, telefonisch oder vor Ort. Das Beste: Für GdP-Plus Partner gibt es einen zusätzlichen, exklusiven Rabatt.

- KOSTENFREIE LIEFERUNG
- 5 JAHRE GARANTIE
- MADE IN GERMANY

Hingeschaut

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

Mitbestimmung beim Beschaffen von Schusswaffen

Im vergangenen November hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) beschlossen, dass Personalräte bei der Beschaffung von Schusswaffen ein Mitbestimmungsrecht haben (BVerwG 5 P 7.20).



Gudrun Hoffmann

Unter dem Gesichtspunkt der Gestaltung der Arbeitsplätze war es zuvor zwischen dem Gesamtpersonalrat (GPR) der Berliner Polizei und der Polizeipräsidentin umstritten, ob der Personalrat bei der Beschaffung von Mitteldistanzwaffen, Zubehör in Form von Leuchtpunktvisieren, Zielbeleuchtungen, Handgriffen und Waffentragegurten für diese Waffen sowie bereits im Bestand der Polizei befindliche Maschinenpistolen mitzubestimmen habe. Die Polizeipräsidentin hatte zwar den GPR im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit unterrichtet, jedoch die Durchführung des vom GPR beantragten Mitbestimmungsverfahrens abgelehnt.

Das vom GPR angerufene Verwaltungsgericht gab dem Personalrat recht. Auf die Beschwerde der Polizeipräsidentin hin hatte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die erstinstanzliche Entscheidung derweil geändert und den Antrag zurückgewiesen. Vor dem Bundesverwaltungsgericht konnte der GPR schließlich seine Interessen durchsetzen, die Leipziger Richter stellten die verwaltungsgerichtliche Entscheidung wieder her.

Darum ging es

Die Beteiligten hatten darüber gestritten, ob es sich bei der Beschaffung der Schusswaffen um den Mitbestimmungstatbestand „Gestaltung der Arbeitsplätze“ handelt. Laut GPR waren Aspekte des Arbeitsschutzes und Fragen der Gestaltung der Arbeitsplätze berührt. Die Sichtweise der Polizeipräsidentin war jedoch eine andere. Sie verwies darauf, dass die Beschaffungen nicht primär Aspekten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes dienten, sondern der Einsatzwertsteigerung – sie beruhten vorrangig auf einsatztaktischen Erwägungen.

Laut Oberverwaltungsgericht sei entscheidend, dass die Mitbestimmung des Personalrats nur innerdienstliche Angelegenheiten erfasse. Eine solche Angelegenheit würden die streitigen Beschaffungsmaßnahmen nicht darstellen. Die Fragen, zu welchem Zeitpunkt welche Waffen zu welchen Einsatzzwecken, gegebenenfalls noch in welcher Stückzahl beschafft würden und welches Zubehör für die Einsatzwertsteigerung angeschafft werde, beträfen vielmehr un-

mittelbar der Dienststelle obliegende organisatorische und operative Entscheidungen. Die Effektivität, Wirksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit vollzugspolizeilicher Handlungen gegenüber Störern möge von manchen Faktoren abhängen, sicherlich aber in besonderem Maße und ganz direkt von der Einsatztauglichkeit der Schusswaffen. In ihrer Anwendung verkörpere sich im unmittelbarsten Sinne die nach außen gerichtete Wahrnehmung des Amtsauftrages. Insofern unterschieden sich die Ausstattung der Polizei mit Waffen grundlegend von unter den Mitbestimmungstatbestand zu fassenden Büroausstattungen, technischen Hilfsmitteln, Einrichtungsgegenständen und dergleichen, die im weiteren Sinne zu der Aufgabenerfüllung einer Behörde beitragen, aber nur eine dienende Funktion erfüllten und sich nicht unmittelbar auf die nach außen gerichtete Erledigung des Amtsgeschäfts auswirkten (OVG 60 PV 11.19, Randnummer 16, 17).

Klarstellung

Das BVerwG dagegen sieht in der Frage der Beschaffung von Schusswaffen durchaus eine Gestaltung des Arbeitsplatzes. Mit dem Begriff der Gestaltung im Sinne des Mitbestimmungstatbestandes sei die Bestimmung der räumlichen und sachlichen Arbeitsbedingungen sowie der Arbeitsumgebung gemeint. Als Gestaltung sei nicht nur die erstmalige Festlegung, sondern auch jede nicht lediglich unbedeutende Änderung der räumlichen und sachlichen Arbeitsbedingungen sowie der Arbeitsumgebung anzusehen, die ihrer Eigenart nach oder wegen ihrer Auswirkungen objektiv geeignet sei, das Wohlbefinden oder die Leistungsfähigkeit derjenigen Beschäftigten zu beeinflussen, die auf dem Arbeitsplatz eingesetzt seien oder werden sollen. Die Gestaltung umfasse auch solche Ausrüstungsgegenstände, die Beschäftigte zur Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit bei sich zu tragen hätten. Allein dieses Begriffsverständnis entspreche dem Sinn und Zweck des Mitbestimmungsrechts, durch eine menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes die schutzwürdigen Belange der Beschäftigten zu wahren. Die Mitbestimmung solle sicherstellen, dass Beschäftigte bei der Arbeit vor Gefährdungen und Überbeanspruchung geschützt seien. Dementsprechend gehörten zur Gestal-

tung mobiler Arbeitsplätze die sachlichen Mittel, die es den Beschäftigten ermöglichen, ihre dienstlichen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen (BVerwG 5 P 7.20, Randnummer 9).

Damit tritt das BVerwG der Rechtsauffassung des OVG entgegen, dass den Schutzzweck des Mitbestimmungstatbestandes, die Beschäftigten vor Überbeanspruchung oder Gefährdung schützen soll, nicht berührt gesehen hatte, da dieser gegenüber der Dienststelle obliegenden organisatorischen und operativen Entscheidungen in den Hintergrund trete.

Ergonomische Wirkungen

Die Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen mit Schusswaffen, beziehungsweise das

Zubehör für die bereits im Bestand befindlichen Maschinenpistolen führt dem Bundesverwaltungsgericht zufolge zu einer Änderung der Arbeitsbedingungen. Der Rückstoß der Mitteldistanzwaffen, das Gewicht der Waffen und Ausrüstungsgegenstände sowie deren Tragekomfort und die Passform wirken sich auf die Ergonomie aus und hätten mithin Einfluss auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen. Denn Schutzziel des Mitbestimmungstatbestandes sei es, Betroffene von Beeinträchtigung ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit zu schützen.

Dabei sei unerheblich, dass die Waffen nicht einem Beamten oder einer Beamtin zur alleinigen Nutzung zugewiesen seien. Die Mitbestimmung dürfe nicht daran scheitern, dass sachliche Arbeitsmittel von mehreren Beschäftigten gleichzeitig oder nacheinander genutzt werden.

Der innerdienstliche Charakter der Maßnahme sei nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil die Beschaffung der Schusswaffen und weiteren Ausrüstungsgegenstände auch die Effektivität und Durchsetzungsfähigkeit vollzugspolizeilicher Handlungen betreffe.

Fazit

Mit Blick auf die Ausführungen zu den Arbeitsbedingungen ist von einem innerdienstlichen Charakter auszugehen.

Es handelt sich hier um eine wertvolle Entscheidung, insbesondere für Personalräte in der Polizei bundesweit. Klar ist nun, dass auch die Anschaffung von Schusswaffen und Ausrüstungsgegenständen der Mitbestimmung unterliegt. ■

ANZEIGE



Exklusive GigaMobil-Tarife für Mitglieder der GdP



☎ 0911/47 733 733

🌐 <https://gdp.vorteilsangebote.de>



nur
online

33%
Rabatt



🍏 iPhone

SAMSUNG

Google

SONY

oppo



Innenleben



Gewerkschaft
der Polizei
Saarland



Fotograf: Wolfgang Birkenbach

Der saarländische Landesvorsitzende David Maaß (5.v.r.) mit seinem Landesvorstand (v.l.): Johannes Schmitt, Julia Becker, Andreas Rinnert, Markus Summa, Andrea Thiel, Florian Irsch, Thomas Schlang, Stefan Schnubel, Selina Flieger und Jordana Becker.

23. ORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG DER GdP-SAARLAND

David Maaß als Landesvorsitzender bestätigt

Der 23. Ordentliche Landesdelegiertentag der GdP Saarland Anfang September in Lebach trug das Motto Zukunftssicherheit. Zudem wurde der Geschäftsführende Landesvorstand der GdP an der Saar neu gewählt. Ein Rückblick.

Lothar Schmidt

In seiner Laudatio zur Wiederwahl zum Landesvorsitzenden beschrieb David Maaß die angestrebte und im Vorfeld viel diskutierte Doppelrolle als Landtagsabgeordneter sowie als Landesvorsitzender in Personalunion mit den Worten „durchaus unüblich, exotisch und einmalig in der Geschichte der GdP“. Er wolle jedoch, so Maaß, nicht der Landtagsabgeordnete in der GdP sein, sondern vielmehr der Gewerkschaftler im Landtag.

Maaß wurde im Anschluss mit einer überwältigenden Mehrheit von 82,54 Prozent der Delegiertenstimmen in geheimer Wahl (52 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 8 Enthaltungen) als Landesvorsitzender bestätigt.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Andrea Thiel mit 93,55 Prozent

(58 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen), Andreas Rinnert mit 93,55 Prozent (58 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen), Florian Irsch mit 100 Prozent (61 Ja-Stimmen) sowie Julia Schweitzer mit 96,72 Prozent (59 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung) gewählt.

Zum Landeskassierer wurde Stefan Schnubel mit 95,08 Prozent (58 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen) gewählt. Markus Summa konnte ein einstimmiges Votum für das Amt des Landesschriftführers verbuchen.

Weiterhin wurden Jordana Becker zur Stellvertreterin Finanzen, Julia Becker zur Landesredakteurin, Selina Flieger zur stellvertretenden Schriftführerin, Thomas Schlang zum Rechtsschutzbeauftragten so-

wie Johannes Schmitt zum Beisitzer K einstimmig gewählt.

Somit ist in Lebach der Startschuss für den neu gewählten und beinahe paritätisch besetzten Geschäftsführenden Landesvorstand mit Maaß an der Spitze gefallen.

Der zweite Tag war als „Festtag“ gestaltet. Als Festrednerinnen und -redner sprachen Ministerpräsidentin Anke Rehlinger, in Vertretung des CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzenden die Landtagsabgeordnete Anja Wagner-Scheid, Innenminister Reinhold Jost, Landespolizeipräsident Norbert Rupp, der neue stellvertretende DGB-Betriebsvorsitzende Timo Ahr und GdP-Chef Maaß. In der gut gefüllten Lebacher Stadthalle waren neben unseren Delegierten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der saarländischen Polizei, dem Landtag sowie unseren Schwestergewerkschaften und Kooperationspartnern anwesend. Veredelt wurde der Festakt durch das saarländische Polizeiorchester, das mit den Delegierten eine musikalische Zeitreise durch die letzten sieben Jahrzehnte unternahm. Schließlich war ja noch ein klein wenig nachzuholen, dass die GdP-Saarland 2021 ihren siebzigsten Geburtstag feierte, der coronabedingt damals ausfallen musste.

In den Festakt eingerahmt war die Würdigung der Wahl von Hugo Müller zum Ehrenvorsitzenden und die des Kollegen Artur Jung zum Ehrenmitglied, die am Vortag erfolgt waren. Müller hatte den Landesbezirk Saarland über viele Jahre als „Solidargemeinschaft“, als „Gewerkschaftsfamilie“ geprägt. Artur Jung hatte in der Senioren- und Bildungsarbeit des Landesbezirks über fast 20 Jahre hohe Standards geschaffen. Die Würdigung von Jungs Gewerkschafts-, Polizei- und Familienbiografie oblag seinem langjährigen Weggefährten Klaus Wagner. Der ehemalige rheinland-pfälzische GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach würdigte sie für seinen Freund Hugo, mit dem er einen langen, gemeinsamen Weg in unserer GdP gegangen ist.

In einer Podiumsrunde zum Abschluss des Delegiertentages diskutierte ein Podium unter Moderation des ehemaligen Chefredakteurs des Saarländischen Rundfunks, Norbert Klein, das Motto „Zukunftssicherheit“. Man darf sagen, dass unser Landesdelegiertentag wieder ein „Familienfest“ war. Man kennt sich eben an der Saar. ■

Termin



SAMMLERBÖRSE

Der Blick für das Besondere

Foto: Andreas Skala

Andreas Skala

Wer den Blick für das Besondere hat, kann am 29. und 30.10.22 beim Sammler-Wochenende in Berlin fündig werden. Los geht es um 16 Uhr mit der Vorstellung und Lesung aus dem Buch „Die Uniformierung und Effekten der Berliner Polizei 1945 bis 2021“ in der Stadtbibliothek Hennigsdorf. Am Sonntag von 9 bis 13 Uhr schlagen dann die Stunden der Interessierten, wenn die Sammler- und Tauschbörse für ausgediente Uniformteile im Stadtklubhaus in Hennigsdorf ihre Tore öffnet.

Die Erlöse aus den Standmieten werden „wie immer zu 100 Prozent“ gespendet. Weitere Infos unter g.a.skala@t-online.de

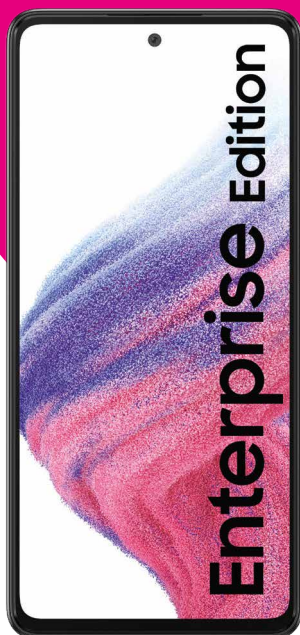
ANZEIGE

Zielfahndung

Sie und Ihre Familienangehörigen profitieren von tollen Angeboten und exklusiven Vorteilen der Telekom.¹



Erleben,
was verbindet.



Samsung Galaxy A53 5G EE

mit 128 GB, in Awesome Black

jetzt **29,95 €**

im Tarif Business Flex Mobil M mit Handy¹

jetzt **179,96 €**

im Tarif Business Flex Mobil S mit Handy¹

Weitere
Angebote
online

Interessiert? Wir sind für Sie da.

Ihre Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531

Senden Sie eine E-Mail an: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de

Nennen Sie bei allen Kontakten Ihre Vorteilsnummer: **MA053**

Zum Online-Shop: www.public.telekom.de/angebote-mobilfunk

Deutschlandweit in allen Telekom Shops

Terminvereinbarung unter: telekom.de/terminvereinbarung

Online-Shop



Alle Preisangaben inklusive 19 % Mehrwertsteuer. Änderungen und Irrtum vorbehalten. Das Angebot ist bis zum 31.10.2022 gültig, solange der Vorrat reicht. Die Preise sind nur gültig im genannten Mitarbeiterrahmenvertrag (siehe Vorteilsnummer). 1) Das Angebot ist gültig für Neu- und Bestandskunden bei einer Vertragsverlängerung mit einem Tarifwechsel in einen aktuellen Business Flex Mobil mit Handy-Tarif. Es gelten die AGB der Telekom Deutschland GmbH unter www.telekom.de/agb. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote. Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Jetzt einloggen und Vorteile checken! www.gdp.de/GdP-Plus



ab 01.10.2022



ab 01.10.2022



Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Wir helfen Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de Telefon 0211 7104-0

Hilfreich

THE JEWELLER 

 PELOTON

 GdP-Plus Partner

EINE STARKE PARTNERSCHAFT FÜR EUCH

GdP-Plus Partner

Unser Programm, exklusiv für Euch! Starke Unternehmen präsentieren attraktive Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starke Partner – attraktive Angebote

Schick und sportlich in den Herbst: Mit unseren zwei neuen Partnern **Unique Jewellery (The Jewellery)** und **Peloton** starten wir am 1. Oktober im GdP-Plus Mitgliedsprogramm.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unterneh-

men aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven GdP-Plus Partner-Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

ANZEIGE



FINDE JETZT DEINE SCHMUCKFAVORITEN!

DEINE VORTEILE BEI THE JEWELLER

- Riesige Auswahl an Damen- und Herrenschmuck
- Top Schmuck- und Uhren-Marken
- Individualisierbarer Gravurschmuck
- Kauf auf Rechnung / Ratenzahlung
- Sicher einkaufen beim zertifizierten Onlineshop
- Echtheitszertifikat bei Premiumschmuck



GdP-Plus Partner

THE JEWELLER 

www.thejewellershop.com





Foto: Klauson/stock.adobe.com

DER „HOHE PREIS DES PATRIARCHATS“

Was Männer kosten

Männer dominieren bei Straftaten, Sucht oder schweren Verkehrsunfällen. Der Ökonom Boris von Heesen hat sich in seinem Buch die Mühe gemacht, den „hohen Preis des Patriarchats“ zu beziffern: Nach seiner auf abgesicherten, öffentlich zugänglichen Daten beruhenden Schätzung kostet männliches Fehlverhalten die Gesellschaft jedes Jahr mindestens 63,5 Milliarden Euro. Für DP sprach Thomas Gesterkamp mit dem Wirtschaftsexperten.

Thomas Gesterkamp

DP: Herr von Heesen, Sie sind Geschäftsführer eines Jugendhilfeträgers und arbeiten in einer Männerberatungsstelle. Wie sind Sie auf die Idee gekommen auszurechnen, „was Männer kosten“?

Boris von Heesen: Ich möchte auf eine gravierende gesellschaftliche Schieflage hinweisen. Meine Initiative fußt dabei auf verschiedenen Quellen. Ich bin Wirtschaftswissenschaftler und habe in der Sucht- und Jugendhilfe über viele Jahre Erfahrungen mit dem Ungleichgewicht der Geschlechter gesammelt. Zudem habe ich eines der ersten Online-Marktforschungsunternehmen gegründet und mir so die notwendigen Kompetenzen im Umgang mit statistischen Daten angeeignet.

DP: Sie verwenden den in der Geschlechterforschung viel zitierten Fachbegriff der „toxischen Männlichkeit“, allerdings mit einer gewissen Distanz...

von Heesen: Ich spreche lieber von „ungesundem“ männlichen Verhalten, das sich

durch soziale Zwänge und Rollenstereotype herausbildet. Männer laufen Gefahr, schädlichen Mustern zu folgen, die in solchen Präzungen ihren Ursprung haben. Beispiele dafür sind etwa die Gewalt gegen Frauen oder der Sexismus. Ich halte es für wichtig, dass Männer ihre Rolle fortwährend kritisch reflektieren, den Begriff der toxischen Männlichkeit aber vermeide ich eher. Er differenziert zu wenig die Ursachen des Fehlverhaltens – und könnte so verstanden werden, dass Männlichkeit grundsätzlich schädlich ist oder gar alle Männer „toxisch“ sind. Das ist selbstverständlich nicht der Fall.

DP: Welche ökonomischen Kosten verursacht männliches Fehlverhalten denn im Detail?

von Heesen: Da unterscheide ich zwischen direkten und indirekten Kosten. Gefängnisaufenthalte, Drogentherapien, Polizeieinsätze, verwüstete Züge nach Fußballspielen oder der Betrieb von Frauenhäusern verursachen direkte Kosten. Sie stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang zu einem Verhalten. Dazu kommen weitere Kosten, die erst in einem zweiten Schritt entstehen. Entgangene Einnahmen der Sozialkassen aufgrund von Krankheit oder Arbeitslosigkeit als Folge eines Unfalls oder einer Straftat sind etwa solche indirekten Aufwendungen. Zu wenig beachtet wird auch, dass Männer sich ja selbst schaden durch ihr Verhalten. Hierauf ist die immer noch knapp fünf Jahre kürzere Lebenserwartung und auch die dramatisch höhere Suizidrate von Männern zurückzuführen.

DP: Was sind die größten Kostentreiber „ungesunden“ männlichen Verhaltens für die Gesellschaft?

von Heesen: Mit allein fast 44 Milliarden Euro pro Jahr steht die Sucht einsam an der Spitze. Und dieses Problem strahlt auf viele andere Felder ab, die ich untersucht habe. So verursachen Männer mit dem Auto fünfmal häufiger Verkehrsunfälle mit Personenschäden, wenn sie Alkohol getrunken haben. Diebstähle, die zu 70 Prozent von Männern verübt werden, haben oft mit Beschaffungskriminalität für Drogen zu tun. Ein weiterer Faktor sind die Folgen ungesunder Ernährung. Männer trinken viermal mehr Softdrinks als Frauen und sechsmal so viel Bier. Sie essen fast doppelt so viel Fleisch und viel mehr Salz. Das Bild des Felsens in der Brandung, der ohne Rücksicht auf Verluste essen und trinken kann was er will, ist immer noch in vielen Männerköpfen verankert.

DP: Viele der aufgelisteten Themen sind Probleme, mit denen Polizei, Justiz und Sozialarbeit ständig zu tun haben. Gibt es nach Ihrer Beobachtung in den involvierten Institutionen einen geschlechtsspezifischen Blick darauf?

von Heesen: Sicherlich gibt es ein Bewusstsein dafür, dass all diese belastenden Statistiken von Jungen und Männern deutlich dominiert werden. Aber, und das finde ich irritierend, der geschlechtsspezifische Blick hört dann auf, wenn es darum geht die Probleme wirklich nachhaltig zu bearbeiten. Das fängt schon damit an, die entsprechen-

den Daten nicht in Aktenordnern und internen Tabellen zu verbergen, sondern das Ungleichgewicht bekannt zu machen, um daraus Maßnahmen abzuleiten. Ich frage mich, warum das Bundeskriminalamt, die Polizeibehörden der Länder, das Kraftfahrtbundesamt oder die Statistikbehörde Destatis die alarmierenden Zahlen nicht regelmäßig und prominent ins Zentrum der Öffentlichkeit rücken.

DP: Im zweiten Teil des Buches sprechen Sie von „nicht messbaren“ Nebenwirkungen männlicher Rollen. Was meinen Sie damit?

von Heesen: Letztendlich basiert mein Zugang zum Thema ja auf einem Trick. Ich verwende die geheime Sprache, das zentrale Schmiermittel unserer Wirtschaft, nämlich das Geld, um auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen hinzuweisen. Dabei nutze ich amtliche Statistiken und öffentlich verfügbare Kostendaten. In vielen Lebensbereichen jedoch, die von patriarchalen Strukturen durchzogen sind und in der Folge zu schädlichen Verhalten führen, stehen keine solchen Daten zur Verfügung. Kaum messbare Nebenwirkungen ergeben sich zum Beispiel durch antifeministische Strömungen, doch die Folgen lassen sich kaum quantifizieren.

DP: Wie schädigen antifeministische Ressentiments die Gesellschaft?

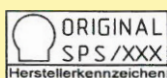
von Heesen: Der Hass von Männern, ausgeschüttet über Frauen insbesondere im anonymen digitalen Raum des Internets, belas-

ANZEIGE

Anpralldämpfer VECU-STOP® vorübergehend installiert



Anpralldämpfer VECU-STOP® dauerhaft installiert



SPS-Schutzplanken GmbH
 Hinterm Waldcasino 1
 D-63762 Großostheim/
 OT Ringheim

Tel. +49 (0) 6026-991 67 11
 Fax +49 (0) 6026-991 67 12
 info@sps-schutzplanken.de
 www.sps-schutzplanken.de

„Ich halte es für wichtig, dass Männer ihre Rolle fortwährend kritisch reflektieren, den Begriff der toxischen Männlichkeit aber vermeide ich eher.“

Hoher Preis: Die Kostenberechnung im Detail

Boris von Heesen summiert die (vorsichtig berechneten, viele Aspekte nicht berücksichtigenden) volkswirtschaftlichen Kosten von schädlichem männlichem Verhalten auf eine Gesamtbilanz von mindestens 63,5 Milliarden Euro.

INGESPERRTE MÄNNER 3,02 Milliarden

Durchschnittlich 130 Euro kostet den Staat ein Tag im Gefängnis. 94 Prozent der Häftlinge sind männlich, nur sechs Prozent weiblich. Die jährlichen Aufwendungen für den „Justizvollzug“ summieren sich auf 3,23 Milliarden Euro; der Männeranteil beträgt demnach 3,02 Milliarden Euro.

GESCHLAGENE FRAUEN 2,75 Milliarden

81 Prozent der Opfer von häuslicher Gewalt sind weiblich. Sie verursacht direkte Kosten von mindestens 803 Millionen Euro. Diese Zahl erfasst nur das sogenannte Hellfeld, jene Delikte, die den Behörden bekannt sind. 109 Millionen entfallen auf die Polizei, 205 Millionen auf die Justiz, 193 Millionen auf Frauenhäuser und Beratung sowie 296 Millionen auf das Gesundheitswesen. Hinzu kommen indirekte Kosten durch Krankheit und Arbeitslosigkeit der Betroffenen sowie Traumata bei Kindern in Höhe von 1,95 Milliarden Euro.

BERAUSCHTE MÄNNER 43,93 Milliarden

Drei von vier Alkoholabhängigen sind männlich. Allein ihr deutlich höherer Konsum von Bier, Wein oder Schnaps verursacht gesellschaftliche Mehrkosten von 26,22 Milliarden Euro. Knapp einer Million starken Rauchern stehen 400.000 starke Raucherinnen gegenüber. Der mehr als doppelt so hohe männliche Tabakkonsum verursacht Zusatzkosten von 14,98 Milliarden Euro. 88 Prozent der „pathologischen“ Glücksspieler sind Männer, Mehrkosten 0,33 Milliarden Euro. Vier von fünf Konsumenten illegaler Drogen sind männlich, Mehraufwendungen 2,4 Milliarden Euro. Die Kosten des Suchtverhaltens von Männern, fasst von Heesen prägnant zusammen, entsprechen der „Höhe des Bruttoinlandsprodukts von Serbien“, nämlich 43,93 Milliarden Euro.

DIEBSTAHL UND EINBRÜCHE 1,34 Milliarden

70 Prozent der jährlich 1,5 Millionen Tatverdächtigen bei Diebstahldelikten sind Männer. Bei schweren Vergehen wie mit Gewaltanwendung verbundenen Einbrüchen steigt ihr Anteil auf 87 Prozent. Mehrkosten durch männliche Straftäter 1,34 Milliarden Euro.

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT 1,57 Milliarden

Der Cum-Ex-Skandal, Manipulationen an Dieselmotoren oder die Betrügereien beim Kreditdienstleister Wirecard sind eine Männerdomäne. 76,5 Prozent der Delikte in diesem Feld gehen auf männliche Konten. Gesellschaftliche Mehrkosten 1,57 Milliarden Euro.

UNGESUNDE ERNÄHRUNG 6,25 Milliarden

46,7 Prozent der Frauen und 61,6 Prozent der Männer sind übergewichtig. Letztere essen deutlich mehr Fleisch, dafür weniger Obst und Gemüse. Der männliche Anteil unter den sich vegetarisch Ernährenden liegt nur bei 20 Prozent, bei den Veganerinnen noch darunter. Die Mehrkosten durch ungesundes Essen und Übergewicht betragen insgesamt über sechs Milliarden Euro.

SOZIALARBEIT 1,96 Milliarden

Deutlich mehr Jungen als Mädchen sind Zielgruppen der Sozialpädagogik und von Jugendämtern. Sie benötigen zum Beispiel „Hilfen zur Erziehung“ oder „Eingliederungshilfe“. Zusätzliche Kosten 1,96 Milliarden Euro.



FUSSBALLSPIELE 0,17 Milliarden

Durch die Präsenz gewaltbereiter, ganz überwiegend männlicher Hooligans fallen allein in den obersten vier Ligen 2,44 Millionen zusätzliche Polizeistunden pro Saison an. Diese Einsätze kosten jährlich rund 165 Millionen Euro. Hinzu kommen noch die Ausgaben der Vereine für private Sicherheitsdienste.

VERKEHR 2,51 Milliarden

Zwei Drittel aller Autobesitzer sind Männer, mit steigendem Hubraum wächst ihr Anteil. Prestigeträchtige Marken wie Ferrari oder Jaguar sind zu über 90 Prozent auf männliche Halter eingetragen. Verkehrsunfälle mit Personenschaden kosten pro Jahr knapp acht Milliarden Euro. Auf männliche Fahrzeuglenker entfallen 5,21, auf weibliche 2,7 Milliarden, der Gender Gap beträgt also 2,51 Milliarden Euro. 83 Prozent der eingezogenen Führerscheine gehören Männern, sie stellen 78 Prozent der geahndeten Geschwindigkeitsübertretungen und 77 Prozent der Registrierten mit einem Punktekonto „in Flensburg“. Autoposer und riskante Wettrennen auf Großstadtstraßen sind ein fast ausschließlich männliches Phänomen.

tet die Lebensqualität und das Zusammenleben enorm. In den allermeisten Fällen sind die Angriffe von antifeministischen Motiven getrieben, diese Männer lehnen Gleichberechtigung, weibliche Selbstbestimmung und die Kernziele der Frauenemanzipation ab. Auch dadurch entstehen enorme Kosten, die leider noch nicht angemessen erforscht

sind. Bedrohte Frauen nehmen sich zum Beispiel Rechtsbeistände, sie erstatten Anzeigen, Ermittlungsbehörden werden aktiv und nicht wenige Betroffene müssen psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen. Die dunkle Seite der Sexualität mit ihren strukturell misogynen pornografischen Darstellungen, die Wirkmacht von Gangsta

Rap und die Prostitution sind weitere Felder in diesem Kontext. Hier sind die Auswirkungen ebenso schwer zu monetarisieren.

DP: Welche Lösungen zeigen Sie auf?
von Heesen: Die erste praktische Maßnahme wäre die systematische Veröffentlichung aller Statistiken, die Belastungen abbilden

VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ BERLIN (VERSFG BE)

Von **Michael Knappe** und **Hartmut Brenneisen**.

1. Auflage 2021

Umfang: 368 Seiten

Format: DIN A5, Hardcover

Preis: 46,00 € [D] / ISBN: 978-3-8011-0901-1

Mit dem vorliegenden Kommentar geben die Autoren eine praxisgerechte und zugleich wissenschaftlich fundierte Hilfestellung zur Anwendung des neuen Grundrechtsgewährleistungs- und Gefahrenabwehrgesetzes. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine verfassungskonforme Auslegung der Vorschriften unter Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit für den demokratischen Rechtsstaat.



DIE AUTOREN

Michael Knappe, Professor, Direktor beim Polizeipräsidenten a.D.

Hartmut Brenneisen, Professor, Ltd. Regierungsdirektor und Polizeidirektor a.D.

VERSAMMLUNGSRECHT

Das hoheitliche Eingriffshandeln im Versammlungsgeschehen

Von **Hartmut Brenneisen**, **Michael Wilksen**, **Dirk Staack** und **Michael Martins**.

5. überarbeitete Auflage 2020

Umfang: 680 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 45,00 € [D] / ISBN: 978-3-8011-0889-2

Neben dem Versammlungsgesetz des Bundes werden die Landesregelungen in Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein berücksichtigt (Föderalismusreform I).

Inhaltlich geht es zunächst um die verfassungs- und versammlungsrechtlichen Grundlagen. Auf dieser Basis wird der exekutive Handlungsrahmen im Vorfeld, während der Hauptphase und nach Ende von Versammlungen bearbeitet. Dabei wird zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen differenziert.



HERAUSGEBER UND AUTOREN

Hartmut Brenneisen, Professor, Ltd. Regierungsdirektor und Polizeidirektor a.D.

Michael Wilksen, Landespolizeidirektor

Dirk Staack, Polizeidirektor

Michael Martins, Erster Polizeihauptkommissar



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Boris von Heesen

ist Wirtschaftswissenschaftler mit beruflichen Stationen bei der Diakonie in Bayern und der Drogenhilfe in Frankfurt am Main. Derzeit ist er geschäftsführender Vorstand eines Jugendhilfeträgers in Darmstadt, nebenberuflich engagiert er sich in einer Männerberatungsstelle.

Foto: privat

und maßgeblich von Männern angeführt werden. Denn verlässliche Daten über die Schieflagen sind die Grundlage, um notwendige Veränderungen einzuleiten.

DP: Was kann man gegen antifeministische Haltungen tun, die ja teils eine Nähe zu neu-rechten Ideologien aufweisen?

von Heesen: Digitalem Hass im Netz muss durch konsequente Verfolgung und abschreckende Strafen begegnet werden. Zusätzlich könnten Kommunikationskampagnen Einzelfälle aus der Anonymität herausholen und präventiv versuchen, hassende Männer für die Folgen und das Leid der angegriffenen Frauen zu sensibilisieren. Sexistische Rapsongs oder den massenhaften Konsum von Pornografie im Netz im Umgang mit männlichen Jugendlichen zu problematisieren ist eine große Herausforderung. Die Kraft der Peergroups macht es oft schwer, in eine konstruktive Debatte einzusteigen. Das sollte die pädagogischen Fachkräfte in Schule und Ausbildung aber nicht abschrecken, sich an diese Themen heranzuwagen.

DP: Sie fordern die Überwindung von Rollenstereotypen. Wie soll das in der Praxis umgesetzt werden?

von Heesen: Geschlechterklischees sind eine zentrale Quelle für ungesundes männliches Verhalten. Schon Jungen sollen stark, durchsetzungsfähig, laut und mutig sein, Mädchen dagegen angepasst, fürsorglich und ausgleichend. Ich plädiere dafür, diese Wand der Stereotype früh aufzubrechen. Viele Eltern gerade aus benachteiligten Familien haben nach der Geburt eines Kindes Kontakt mit den Jugendämtern. Entsprechend geschultes Personal kann sie für eine klischeefreie Erziehung sensibilisieren. Auch die Lehrpläne der Aus- und Fortbildungen von Fachkräften in Kitas, Schulen und sozialen Trägern sollten um geschlechtersensible Elemente ergänzt werden. Regelmäßige Workshops oder Aktionswochen können männlichen Jugendlichen Türen öffnen, um wirklich zu sich zu finden, statt von eindimensionalen Klischees getrieben zu werden. Zudem brauchen wir Marketingkampagnen, um das Verhalten von Männern im Straßenverkehr positiv zu beeinflussen, und müssen das Bewusstsein für Männergesundheit schärfen. Und wir benötigen wirksame Instrumente, um der Verfestigung der Geschlechterrollen durch Medien und Wer-



Boris von Heesen:
Was Männer kosten.
Der hohe Preis des Patriarchats

Heyne Verlag, 2022
304 Seiten, 18 Euro
ISBN 978-3453606241

bung entgegenzuwirken. Das dauert alles und das kostet, aber ich bin überzeugt, dass sich solche Investitionen lohnen würden.

DP: Was kann die Polizei tun, was die Justiz?

von Heesen: Die Sicherheitsbehörden sollten das vorhandene Datenmaterial unbedingt nutzen, um auf das Geschlechterungleichgewicht aufmerksam zu machen. So wird der Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöht. Zudem könnten schon in den Ausbildungs- und Studiengängen von künftigen Polizisten oder Justizbeamtinnen die gesamtgesellschaftlichen Folgen ungesunder Rollenmuster thematisiert werden.

DP: Was können Sozialarbeit und Beratungsstellen beitragen?

von Heesen: Ich plädiere für ein flächendeckendes bundesweites Netzwerk von Beratungsangeboten speziell für Männer, damit

diese in Krisensituationen oder heraufziehenden Krisen überall qualifizierte Unterstützung bekommen. Der fehlende Zugang zu den eigenen Gefühlen, zur eigenen Innenwelt ist in vielen Fällen die Ursache für schädliches männliches Verhalten. Soziale Träger sollten auch mehr Gender-Angebote in der Jungenarbeit bereitstellen. So kann die eigene Rolle reflektiert und ein positives Bild von Männlichkeit entwickelt werden.

DP: Was fordern Sie von der Politik?

von Heesen: Auf Bundesebene wünsche ich mir einen digitalen Gleichstellungsmonitor, der alle relevanten Statistiken übersichtlich für alle Menschen zugänglich macht. So können Medien, Wissenschaft, Pädagogik und andere Interessierte verlässlich aus einer zentralen Informationsquelle schöpfen und daraus Veränderungsprozesse ableiten.

DP: Danke für das Gespräch.



Gewerkschaft
der Polizei



Die Baufinanzierung¹ der BBBank.

Mit Extra-Zinsrabatt für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.



¹ bonitätsabhängig



Jetzt auch online
abschließen!
[www.bbbank.de/
baufinanzierung](http://www.bbbank.de/baufinanzierung)



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gdp



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns





Die GdP ist assoziierter Partner des durch das BMBF geförderten Forschungsprojektes AMBOSafe.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung ge förderte bundesweite Forschungsprojekt AMBOSafe

Fakten zu Angriffen gegen Polizeibedienstete

von **Fredericke Leuschner, Clemens Lorei, Michaela Selzer und Uwe Kippnich**

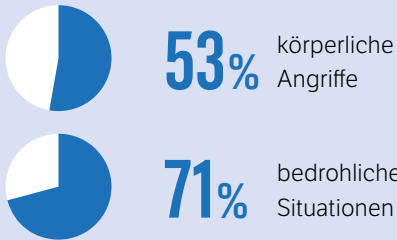


(„Angriffe auf Mitarbeiter*innen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“) untersucht verbale und körperliche Angriffe auf Mitarbeitende von

Berufsgruppen in helfender und normdurchsetzender Funktion. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der quantitativen Befragungen für die Polizei dargestellt.

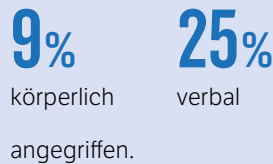
Häufigkeit

In den letzten 24 Monaten erlebten



Gefahr

Im Durchschnitt wurden pro Woche



Datengrundlage

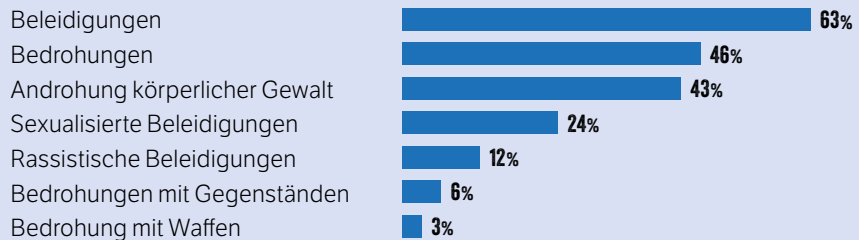
Einmalige Onlinebefragung	Wöchentliche Dokumentation
1.763 Personen	538 Personen

Angreifende

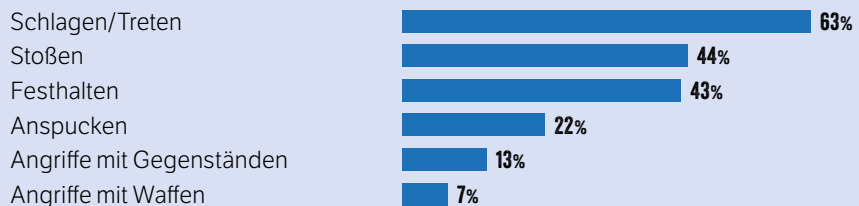


Art der Angriffe

Verbale Angriffe



Körperliche Angriffe

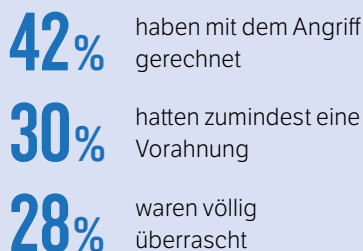


Erfolgreiche Deeskalation

Ein Angriff konnte nach Einschätzung der Befragten erfolgreich verhindert werden durch (Mehrfachantworten möglich):

- Ruhiges, professionelles Auftreten (54%)
- Androhung von Zwang (43%)
- Mehr Distanz zum Gegenüber (40%)
- Anwendung von Zwang (36%)
- Hinzuziehen von Kolleg*innen (32%)
- Nicht Eingehen auf Provokationen (31%)
- Deeskalierende Kommunikation (28%)

Einschätzung der Situation



Stress und Angriffe

91% der Befragten gaben an, dass der Angriff *nicht* durch Faktoren wie bspw. eine allgemeine hohe Arbeitsbelastung, Schichtdienst oder familiäre Belastungen begünstigt worden ist.

BUNDESPOLIZEIRECHT

Grundlagen des Gefahrenabwehr-, Strafprozess- und Zwangsrechts, Prüfungsschemata, Klausuren mit Lösungen

Von **Marc Wagner**.



5. Auflage 2020

Umfang: 220 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0888-5

Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert schon weit vor der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse. Gleichmaßen ist bereits zu Beginn der Ausbildung die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform gefragt. Zum Inhalt:

Bereits in „Zwischenetappen“, den Modulprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang des Studiums garantiert. Dieses Buch richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht mit Erfolg absolvieren wollen. Ebenso ist das Buch an ambitionierte Bewerber für die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei adressiert.

– **Grundlagenwissen:**

Aufbau von Rechtsnormen, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht.

– **Klausurbearbeitungstechnik:**

Einführung in die Subsumtions- und Würdigungstechnik; Prüfungsschemata: Rechtmäßigkeit von Gefahrenabwehr-, Zwangs- und strafprozessualen Maßnahmen, Erfolgsaussichten Widerspruch gegen Gefahrenabwehr-VA.

– **Klausurtaktik:**

Die Arbeit am Sachverhalt, die rechtliche Bewertung, die Niederschrift („dos and don'ts“).

– **Klausurtraining:**

Prüfungsklausuren in aufsteigendem Schwierigkeitsgrad mit Musterlösungen.

Neben einer inhaltlichen Aktualisierung wurde für die vorliegende Neuauflage die Darstellung des Gefahrenabwehrrechts ergänzt und ein Übungsfall neu aufgenommen.



DER AUTOR

Prof. Dr. jur. Marc Wagner, Hochschullehrer für Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht sowie Einsatzrecht der Bundespolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Gelesen

PANDEMIE UND POLARISIERUNG

Wie uns Ungleichheit spaltet

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge beschreibt in seinem jüngsten Buch die sozialen Folgen der Corona-Krise. Er warnt vor wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und zeigt, wie Verschwörungstheorien in solchen Situationen Auftrieb erhalten. DP-Autor Thomas Gesterkamp mit seiner Einschätzung.

Thomas Gesterkamp

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge konzentriert sich in seiner Rückschau auf die ökonomischen und sozialen Auswirkungen. Ungleichheit ist für ihn „das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, aus dem Armut, Prekarität und privater Reichtum erwachsen“. Daher müsse dies „auch im Mittelpunkt der Diskussion über die Pandemiefolgen stehen“. Das Virus habe die deutsche Gesundheitspolitik vor die „härteste Bewährungsprobe seit Jahrzehnten“ gestellt. Nach Meinung des Autors traten die „Interessengegensätze zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten“ deutlich hervor. Wie im Brennglas seien soziale Schieflagen sichtbarer, zugleich aber viel zu wenig dagegen unternommen worden.

Butterwegge steht der Linkspartei nahe, diese stellte ihn 2017 vor der ersten Wahl von Bundespräsident Franz-Walter Steinmeier als Gegenkandidat auf. Der emeritierte Kölner Professor ist ein streitbarer Geist, er hat zahlreiche Bücher zu sozialpolitischen Fragen veröffentlicht, vor allem zur Kinderarmut. Dabei neigt er dazu, etwas schablonenhaft jedes Thema auf eine vom „Neoliberalismus“ verursachte Spaltung der Gesellschaft zu reduzieren. In manchen Fällen mag das zutreffen, bei der Analyse der Pandemiebekämpfung aber greift es zu kurz.



Christoph Butterwegge:
Die polarisierende Pandemie,
Deutschland nach Corona

Beltz Juventa, 2022
250 Seiten, Klappenbroschur
19,95 Euro, ISBN 978-3-7799-6780-4

Kritik von Staatsrechtlern

Die massive Einschränkung der Freiheitsrechte, von zahlreichen Juristen angeprangert und in der Politik kritisiert, ist nicht Butterwegges zentrales Anliegen. Im Ge-

genteil klingt durch, dass er sich von den ständigen Appellen an das „Große Wir“, an die Mahnungen in einer Notsituation zusammenzustehen und gesamtgesellschaftliche „Solidarität“ zu praktizieren geradezu „kapern“ ließ – so nennt das überspitzt seine politikwissenschaftliche Kollegin Ulrike Guérot.

Die rigiden Verordnungen gegen die Ausbreitung des Virus ließen sich im bürgerlichen Eigenheim erheblich besser aushalten als in einer kleinen Wohnung ohne Balkon im Arbeiterviertel. Ausgangs- und Kontaktverbote, die Schließung von Schulen, das (teils völlig übertriebene) Absperren von Parks, Kinderspielplätzen oder Jugendtreffpunkten waren nicht nur ein Streitpunkt, weil sie zu mehr Ungleichheit führten. Sie sind auch aus staatsrechtlicher Perspektive mit guten Begründungen kritikwürdig. Neben sozialpolitischen Interventionen ist die Garantie bürgerlicher Grundrechte eine unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch sie wird Chancengerechtigkeit erst ermöglicht. Das benennt den zentralen Widerspruch, das Kerndilemma von Butterwegges Argumentation: Denn eigentlich stimmt der Autor den behördlichen „Maßnahmen“ als unabdingbares Mittel der Seuchenprävention weitgehend zu, zugleich aber moniert er deren Folgen.

Tiefe Gräben

Der Autor konstatiert: „Die epidemische Notlage förderte hierzulande einen zahlreiche Lebensbereiche erfassenden Polarisierungsprozess, der tiefe Gräben erkennen ließ.“ An vielen Stellen benennt er wichtige Aspekte, die in der von Naturwissenschaft und Medizin geprägten Debatte lange zu kurz kamen. Es dauerte Monate, bis die verheerenden psychosozialen Folgen der staatlichen Eindämmungspolitik öffentlich diskutiert wurden.

Während die Politik darüber stritt, ob man die Tätigkeit von Baumärkten, Biergärten oder Bundesligisten unterbinden dürfe, gab es Butterwegge zufolge „fast keine öffentliche vernehmbare Widerrede“, als kurzerhand Kindergärten, Schulen und Jugendzentren geschlossen wurden. Die Corona-Krise habe bewusst gemacht, dass solche Bildungsorte „nicht bloß Institutionen der Wissensvermittlung, sondern auch wichtige Lebensräu-



**Buchautor
Christoph
Butterwegge**

Foto: Wolfgang Schmidt

me und Kontaktbörsen junger Menschen jenseits des Unterrichtsalltags sind". Er fordert eine verstärkte Kinder- und Jugendpolitik, um „langfristige Krisenfolgen abzufedern und vulnerablen Gruppen wie Minderjährigen sowie deren Familien trotz klammer öffentlicher Kassen und massiver Verteilungskämpfe mehr unterstützende und ausgleichende Angebote zu machen". Sonst habe die „in vielerlei Hinsicht zerrissene" nachwachsende Generation „ebenso wenig eine rosige Zukunft wie die auseinanderdriftende Gesellschaft, in der sie lebt".

Zweierlei Maß

Während der Staat „im Privat- und Reproduktionsbereich zum Teil drastische Eingriffe vornahm", analysiert Butterwegge, blieb der Produktionsbereich davon weitgehend verschont. Fabrikhallen, Baustellen und auch manche Büros wirkten „über weite Strecken der Pandemie, als ob es solche Restriktionen nicht gäbe".

Große Industriebetriebe wurden nicht vom Lockdown erfasst und zur Schließung gezwungen, nach Ansicht des Autors diente das „hauptsächlich der Wettbewerbsfähig-

keit und entsprach der neoliberalen Standortlogik". Während selbst Veranstaltungen unter freiem Himmel untersagt wurden oder strenge Auflagen erfüllen mussten, „standen viele Arbeiter/innen – manchmal sogar ohne medizinische, Alltags- oder FFP2-Maske – dichtgedrängt am Fließband, sofern der zuständige Betriebsrat nicht für die Einhaltung der nötigen Arbeitsschutzmaßnahmen sorgte".

Beamte und Angestellte höherer Gehaltsstufen konnten relativ problemlos ins Homeoffice wechseln und genossen so das Privileg eines geringeren Infektionsrisikos. Zudem setzt das Arbeiten von zu Hause eine anspruchsvolle Logistik voraus, eine weitere soziale Schlagsseite: Denn der expandierende Paket- und Lieferservice zwang „vor allem Menschen in niedrigbezahlten Dienstleistungsberufen zu mehr Kontakten".

Verblüffende historische Parallelen

Im ersten, besonders lesenswerten Kapitel zeigt der Verfasser verblüffende historische Parallelen auf: Schon bei der Pest, der Cholera und der Tuberkulose waren Isolati-

on und Quarantäne, „Kontaktbeschränkungen" oder gar repressiv überwachte Verbote ein wichtiges Gegenmittel. Wohlhabende Schichten waren stets weniger gefährdet, sich zu infizieren. Und bereits im 19. Jahrhundert, nach der revolutionären Entwicklung der Pockenschutzimpfung 1796 durch den britischen Landarzt Edward Jenner, formierten sich die Gegner einer „allgemeinen Impfpflicht".

Heute wie damals raunten radikalisierte Kritiker der staatlichen Seuchenbekämpfung von einer „systematischen Vergiftung des Volkskörpers durch eine verschworene Elite" oder witterten gar eine „jüdische Weltverschwörung". Politikwissenschaftler Butterwegge hält es für keinen Zufall, dass sich zumindest Teilgruppen der „Querdenker" solcher Narrative bedienen. In deren Sympathisantenszene befänden sich neben rechtsextremen Ideologen und Querulantinnen schlicht „zahlreiche Menschen, die unter dem ökonomischen und sozialen Krisendebakel litten". Neben dem „Arm-reich-Gegensatz" wurde in der Corona-Krise auch der „Oben-unten-Modus" hautnah erfahrbar, das Gefühl, weder über wirtschaftliche noch über politische Entscheidungsmacht zu verfügen. ■

ANZEIGEN

KAPITALMARKT

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): **50.000 €**,
Lzf. 120 Monate, **2,50%** eff. Jahreszins, fester Sollzins
2,47% p.a., mtl. Rate **470,70 €**, Gesamtbetrag **56.484,- €**
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gesellschaft der Polizei

Smart City

Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**www.Polizei
DeinPartner.de**

Im Gespräch

POLITISCHE BILDUNG

Staat, Verfassung, Politik

Professor Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) und Autor des im VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH (VDP) erschienenen Werkes „Staat Verfassung Politik“. Warum es wichtig ist, den Rechtsstaat zu erleben, erzählt er im DP-Gespräch.

Jens Herrmann

DP: Herr Professor Burmeister, kann man den Wert eines demokratischen Rechtsstaats aus einem Buch lernen?

Professor Dr. Günter Burmeister: Ich finde, es gibt Informationen und Grundkenntnisse, die man haben sollte, um erst einmal rational das System „Rechtsstaat“ zu erfassen. Und dann gehört aber auch die Erlebnis-Ebene beziehungsweise die emotionale Ebene dazu. Man darf nicht unterschätzen, wie wichtig auch sie ist. Mir ist das aufgefallen, als ich noch zur Schule ging und zum ersten Mal mit meiner Schulklasse nach Westberlin gefahren bin. Als wir die DDR-Grenze passiert haben, wurden wir kontrolliert, und es war ein sehr frostiges Klima. Wir mussten Zeitschriften wie den „Spiegel“ oder „Die Welt“, die aus der Sicht der DDR-Diktatur „anrüchig“ hätten sein können, verstecken. Auf dieser Klassenfahrt habe ich dann in Berlin die Mauer gesehen, dies in dem Bewusstsein, dass an ihr Menschen erschossen werden, nur weil sie die DDR verlassen wollten.

DP: Wie haben Sie das empfunden?

Burmeister: Das war für mich emotional beklemmend, dieses Gefühl des Ausgeliefertseins. Oder auch wenn man Urlaub in anderen Ländern verbringt, gibt es Länder, da sollte man sich nichts zu Schulden kommen lassen, weil man einfach inhaftiert wird, ohne dass ein unabhängiger Richter über die Freiheitsentziehung entscheidet. Auch dann wird einem emotional klar, wie wertvoll unser deutscher Rechtsstaat ist. Als Fazit bleibt, dass Voraussetzung für die Erfassung unseres Rechtsstaates zwar Grund-

kenntnisse der rechtsstaatlichen Sicherungen sind. Dies muss aber kombiniert werden damit, dass man den Rechtsstaat auch emotional erfasst und bejaht. Das war für mich auch ein Anlass, im Buch das deutsche Justizsystem vertiefter darzustellen, so etwa die richterliche Unabhängigkeit.

DP: Ein hier und da umstrittenes Thema?

Burmeister: Davon gibt es hierzulande durchaus eigenartige Vorstellungen. Aus meiner früheren Tätigkeit im niedersächsischen Justizministerium kenne ich etwa Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern ans Ministerium, in denen als Reaktion auf ein vermeintlich schlechtes Urteil gefordert wird, das Ministerium solle es gefälligst ändern, weil der Richter sich geirrt habe. Wir haben wirklich tolle rechtsstaatliche Errungenschaften. Die richterliche Unabhängigkeit zählt dazu und viele Freiheitsgewährleistungen, die auch effektiv durchgesetzt werden. Dies scheint vielen Menschen in unserem Land so selbstverständlich zu sein, dass es von ihnen leider nicht mehr wertgeschätzt wird.

DP: Polizeibeamte mit langjähriger Berufserfahrung meinen, dass „jüngeren Beamten um die 20 die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte fehlt“. Was meinen Sie, welche Rolle spielt geschichtliches Hintergrundwissen in Bezug auf Demokratiefestigkeit oder für unsere Demokratie überhaupt?

Burmeister: Historisches Hintergrundwissen ist ausgesprochen wichtig. Und zwar

deshalb, weil auf diesem Wege das Vorhandene, auch wenn es Mängel hat, einfach mehr Wertschätzung erfährt. Das betrifft die soziale, jedoch auch die äußere Sicherheit, wie wir in den letzten Monaten nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine feststellen mussten. Zudem schützt historisches Wissen vor Wiederholungsfehlern.

DP: „Für keine deutsche Polizei existieren bisher zuverlässige Daten über politische Einstellungen und Erkenntnisse über das grundsätzliche Vertrauen in das politische System und seine Akteure“, sagte der Dipl.-Politologe Hermann Groß von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung in einer früheren DP-Ausgabe. Sähen Sie darin überwiegend einen Nutzen, wenn es diese Daten gäbe, oder ist hier die Grenze zur „Gesinnungsschnüffelei“ bei einer Gruppe von Staatsbediensteten überschritten?

Burmeister: Ich habe dazu in Erinnerung, dass es in der letzten Legislaturperiode eine Kontroverse gegeben hat zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer und anderen, die gesagt haben, dass man dazu unbedingt eine Untersuchung in Auftrag geben müsse. Ich kann dazu keine abschließende Antwort geben. Die wissenschaftliche Seite von mir sagt, es ist immer interessant, Strukturen zu erfassen und zu ermitteln, um sein Wissen zu erweitern. Gesinnungsschnüffelei geht allerdings gar nicht. Ich glaube, man wird schlicht feststellen – das ist jetzt meine These –, dass viele der im Sicherheitsbereich tätigen Menschen eher konservativer gestrickt sind als andere, was ja aber nicht per se von Übel ist. Die interessantere Frage ist, was führt einige, und wenn man es in Relation setzt, ist es wirklich seine sehr überschaubare Anzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten, dazu, sich von ihrem Dienstherrn, von diesem Staat, abzuwenden und diesen abzulehnen.

DP: Woran könnte dies liegen?

Burmeister: Vielleicht ist es bei einigen der Eindruck, dass dieser Rechtsstaat in manchen Punkten Rechtsbrechern gegenüber zu nachsichtig ist. Das ist aber das gefühlte Erleben. Denn wenn man die Entscheidungen der Gerichte liest – auch die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts im Bereich des Disziplinarrechts –, wird man nicht sagen, sie seien zu milde. Es ist, wie in allen



Foto: privat

Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht und lehrt als Honorarprofessor Öffentliches Recht an der TU Braunschweig. Er war Referatsleiter im Niedersächsischen Justizministerium, Stellvertretendes Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht.

Bereichen, das große Problem, dass Entscheidungen publiziert und kommuniziert werden, die irgendwie negativ spektakulär sind, und die überwiegende Zahl von Fällen, in denen alles unspektakulär verläuft und bei denen die Entscheidungen Akzeptanz finden, insbesondere von der Presse nicht kommuniziert werden. Ich denke, wir haben auch ein Rechtsmittelsystem, darin Berufung und Revision, das – im Vergleich zu anderen Ländern – sehr ausgeklügelt ist. Es führt dazu, dass wir eine recht große Gewähr dafür haben, dass Gerichtsentscheidungen letztlich auch richtig sind. Auch wenn ein Amtsgericht oder Landgericht zu milde ist, gehen nicht wenige Fälle bis zum Bundesgerichtshof und werden dort korrigiert. Es ist schon eine besondere Leistung, die die Kolleginnen und Kollegen aus der Strafrichterbarkeit dabei insbesondere in Großverfahren erbringen.

DP: Wie ...? ...

Burmeister: Ein Wort noch zur politischen Treuepflicht. Jüngst haben wir am Bundesverwaltungsgericht dazu zwei Dinge dezidiert festgestellt: Erstens: Verfassungstreue bedeutet nicht, dass man keine Kritik an seiner Regierung oder an gesellschaftlichen Zuständen üben darf. Das ist damit nicht gemeint. Zweitens: Es geht vielmehr darum, die elementaren Grundsätze der Verfassung zu wahren. Deshalb ist beispielsweise die Auffassung, es gäbe diesen Staat Bundesrepublik Deutschland gar nicht, wie es sogenannte Reichsbürger vertreten, mit der politischen Treuepflicht nicht in Einklang zu bringen. Dazu gehört auch, nur den Anschein dessen zu erwecken. Man sollte sich als Beamtin und Beamter oder Soldat und Soldatin somit gut überlegen, entsprechende „Späße“ zu machen, um dann später zu erklären, es sei alles nicht so gemeint gewesen.

DP: Welches Ziel im weitesten Sinne hatten Sie vor Ihrem inneren Auge, als Sie sich entschieden haben, das Werk von Helmut Dohr zu übernehmen?

Burmeister: Mir war daran gelegen, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dahingehend zu unterstützen, ihnen einerseits aufzuzeigen, wie komplex die deutsche Rechtsordnung ist, und ihnen andererseits dabei zu helfen, gleichwohl entscheidungsfreudig zu bleiben. Ich erinnere an das Goethezitat „Mit dem Wissen wächst der Zweifel“. Man

muss in Berufen wie bei der Polizei oder in der Justiz eben wissen, dass man Entscheidungen treffen muss und dies im Bewusstsein seiner eigenen Fehlbarkeit. Vor allem für Situationen, in denen schnell entschieden werden muss, bestehen auch rechtliche Instrumentarien, die diesen Unwägbarkeiten mildernd Rechnung tragen. So beurteilt die Rechtsprechung eine Gefahrensituation danach, wie sie sich damals und nicht, wie sie sich später darstellte. Denn es ist natürlich viel leichter, nach Monaten in aller Ruhe vom Richtertisch aus zu (be-)urteilen, als in der Situation seinerzeit.

DP: Noch einmal zu dem Punkt, in dem es um die gerichtliche Beurteilung geht, wie Polizisten gehandelt haben. Hier sollte betont werden, dass es aus der damaligen Sicht passiert, denn wir hören öfter, dass es zur Verunsicherung der Polizisten beiträgt, dass ihr Handeln in einer stressbelasteten Situation später in der Ruhe und der Distanz eines Gerichtssaals beurteilt wird. Manchmal hört man dann Sätze wie „Soll sich der Richter doch mal mit Helm und Schlagstock in die erste Reihe stellen, da bleibt oft keine Zeit zu überlegen, welche Freiheitsrechte jetzt im Einzelnen mit im Raum stehen“.

Burmeister: Hier gehört es für den Polizeiberuf ebenso wie im juristischen Bereich dazu, dass man im Lauf seines Berufslebens die Fähigkeit entwickelt, die Korrektur durch eine andere Instanz gelassen hinzunehmen – weil dies auch zu unserem Rechtssystem gehört. Ich selbst habe lange in der ersten Instanz gearbeitet, und wenn ein Urteil von mir vom Obergericht aufgehoben wurde, dann wurde es eben aufgehoben. Und selbst wenn die Entscheidung des Obergerichts zum Bundesverwaltungsgericht gelangt, kommt es durchaus vor, dass die Entscheidung des Obergerichts aufgehoben wird, womit sich dann die Erstentscheidung durch das Verwaltungsgericht wieder als richtig darstellt. Auch ein Polizeibeamter oder -beamtin, dessen oder deren Entscheidung aufgehoben oder beanstandet wird, sollte dies deshalb nicht als Frontalangriff auf seine oder ihre Persönlichkeit betrachten, wenn er oder sie seinerzeit nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat. Ich bin überzeugt, dass die meisten Richter durchaus wissen, wie schwer deren Aufgabe ist.

DP: Bitte konkretisieren Sie dies.

Burmeister: In vielen Fällen ist die Frage der Rechtmäßigkeit einer Entscheidung eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Die Verhältnismäßigkeit bestimmt sich indes situationsabhängig. Den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit habe ich in dem Buch auch vertieft behandelt, weil sich eine hohe Zahl ordnungsrechtlicher Fälle daran entscheidet. Man kann eben nicht sagen: „Wenn die Situation in einer Versammlung so ist, dann musst du so reagieren“, weil es immer von deren Größe abhängig ist, von deren Aggressivität und ähnlichen Gesichtspunkten, die den Einzelfall bestimmen. Aber ich finde, die Justiz hat das im Ordnungsrecht sehr gut aufgefangen, indem sie – ich hatte dies bereits angesprochen – die Gefahrensituation nicht aus der Jetzt-Situation betrachtet, in der man ohnehin immer klüger ist, sondern aus der Situation heraus, wie sie sich damals darstellte. Dies freilich aus der Sicht eines „gewissenhaften“ Beamten.

DP: Hatten Sie zuvor schon Kontakt zur Institution Polizei und Polizeiausbildung?

Burmeister: Ich habe mich im Rahmen einer früheren Vorlesungstätigkeit mit dem Sicherheits- und Ordnungsrecht beschäftigt. Das ist sozusagen die fachliche Seite. Außerdem arbeiten in meinem privaten Bekanntenkreis einige Söhne und Töchter von Freunden bei der niedersächsischen Polizei. Ansonsten habe ich privat, Gott sei Dank, wenig Kontakt mit der Polizei, allenfalls wegen einer Ordnungswidrigkeit im Straßen-

ANZEIGE

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

verkehr. Dabei war ich in der konkreten Situation davon beeindruckt, wie souverän, energisch und gleichzeitig freundlich der junge Polizeibeamte den Sachverhalt geklärt hat.

DP: Einerseits wird Polizisten sicheres Auftreten sehr gut in ihrer Ausbildung vermittelt. Andererseits wird in letzter Zeit auch viel über Äußerlichkeiten bei Polizisten diskutiert, Stichwort „Sichtbare Tätowierung“. Es ist ja für viele Menschen um die 20 normal und Ausdruck individueller Einstellungen, tätowiert zu sein, und dann wird es nach der Entscheidung zur Polizei zu gehen, plötzlich zu einem großen Thema im Zusammenhang mit der Berufsausübung.

Burmeister: Worüber man sich bei jeder Tätigkeit im öffentlichen Dienst und insbesondere im Bereich der Ordnungsbehörden klar sein muss: Bei seiner Dienstausbildung präsentiert man sich nicht in erster Linie als Person, sondern repräsentiert den Staat. Über diesen Spagat muss man sich im Klaren sein. Das ist sicherlich oft eine Herausforderung, für sich auszuloten, wie weit man da mitgehen und sich zurücknehmen kann. Vergessen sollte man dabei aber auch nicht die Vorzüge des öffentlichen Dienstes. Man bekommt im Leben eben selten etwas zum Nulltarif.

DP: Sie sind Richter des 2. Wehrdienstestnats, zuständig für Disziplinarvergehen innerhalb der Bundeswehr. Erkennen Sie bei Disziplinarverstößen Parallelen zwischen Polizei und Bundeswehr?

Burmeister: Eine große besteht darin, dass man es in beiden Fällen mit Waffenträgern zu tun hat. Diesen Umstand darf man nicht unterschätzen, insbesondere dann, wenn es um den Konsum von Rauschgift oder Ähnlichem durch Amtswalter geht. Es ist mehr als problematisch, einem Menschen, der situativ die Kontrolle über sich verliert, Waffen an die Hand zu geben. Eine weitere Parallele ist auch, dass sowohl bei den Streitkräften als auch bei der Polizei ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl besteht. Das ist grundsätzlich nicht schlecht, zumal im Soldatenrecht darüber hinaus ausdrücklich eine Rechtspflicht zur Kameradschaft besteht. Mein Senat hat erst vor kurzem eine bedeutsame Entscheidung dazu getroffen, wie weit dieser Kameradschaftsgrundsatz



Dieses Buch vermittelt die für den Polizeiberuf unerlässlichen Kenntnisse des deutschen Staats- und Verfassungswesens. Es gehört seit über vier Jahrzehnten zu den Standardwerken der Polizeiausbildung.

Für die 22. Auflage wurde das Werk unter neuer Autorenschaft überarbeitet und aktualisiert. Aufbau und Inhalt des Werks ermöglichen es dem Nutzer, sich selbstständig eine umfassende politische Bildung zu erarbeiten, wie sie im Polizeiberuf zwingend erforderlich ist. Wissensfragen am Ende der jeweiligen Abschnitte helfen zudem, die Themenkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen.

Günter Burmeister, begründet von Helmut Dohr †: Staat – Verfassung – Politik, Grundlagen für Studium und Praxis.

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH (VDP)
22. Auflage, 2022, 544 Seiten, 35 Euro
ISBN 978-3-8011-0896-0

reicht, er insbesondere auch außerhalb des Dienstes zwischen Soldaten gilt. Jedenfalls ist das Zusammengehörigkeitsgefühl bei Polizisten und Polizistinnen sowie Soldatinnen und Soldaten regelmäßig intensiver als bei anderen Berufsgruppen. Geschuldet ist dies wohl der Erkenntnis, dass sich beide Gruppen weitaus mehr in Gefahrensituation begeben müssen als andere Berufsgruppen. Dies schweißt zusammen.

DP: Stichwort „Falsch verstandenes „Wir-Gefühl“, also einen Schulterchlussfekt oder Korpsgeist verhindern“. Gibt es hier Entsprechungen zur Bundeswehr?

Burmeister: Ja. So etwa sogenannte Aufnahme-rituale, die völlig indiskutabel sind und bei denen wir disziplinarisch oft noch ganz erheblich zu dem strafrechtlichen Urteil nachlegen. Das ist ein Umstand, den sowohl Polizeibeamte und -beamtinnen als auch Soldaten und Soldatinnen oft nicht im Blick haben. So gehen Täter von Aufnahme-ritualen, die in der Misshandlung von Kameraden bestehen, davon aus, mit dem

Strafurteil wegen Körperverletzung sei die Sache für sie erledigt. Oft folgt dem dann jedoch ein Disziplinarverfahren, das zu wesentlich schärferen Sanktionen führt als bei den Strafgerichten. Wir haben erst vor Kurzem wieder betont: Es gibt zwar sowohl im Beamten-gesetz als auch im Soldatengesetz eine Regelung, die besagt, dass man erst bei einer strafgerichtlichen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr automatisch aus dem Dienstverhältnis ausscheidet, wenn eine vorsätzliche Tat vorliegt. Dies hindert in einem Disziplinarverfahren jedoch nicht daran, gleichwohl festzustellen: Der Mann oder die Frau ist für den Dienstherrn untragbar geworden und aus dem Dienst zu entfernen. Es ist eben nicht so, dass eine milde strafrechtliche Verurteilung disziplinarisch zu einer Begrenzung führt. Dieser Zweiklang von Straf- und Disziplinarrecht wird oft übersehen.

DP: Stichwort Grundrechtsentwicklung. Sie schreiben in Ihrem Vorwort, das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) habe die Entwicklung durch spektakuläre Entscheidungen zum Beispiel zum Selbsttötungsrecht und zum „Dritten Geschlecht“ forciert. Was meinen Sie damit, und was bedeutet das insbesondere für die Polizei?

Burmeister: Ich finde die Grundrechts- und Rechtsprechungsentwicklung extrem interessant, weil sie parallel zu gesellschaftlichen Entwicklungen verläuft, die ja auch durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Bürgerinnen und Bürger mitbestimmt werden. Ein schönes Beispiel dafür ist das Verständnis des Familienbegriffes. Als 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde und man geschrieben hat, dass die Familie einen besonderen Schutz genießt, war natürlich in den Köpfen aller die Vorstellung enthalten: Familie, das ist Mutter, Vater, beide miteinander verheiratet und mindestens ein Kind.

DP: Eine heute anachronistische Vorstellung.

Burmeister: Jedenfalls, wenn man die wohl mehrheitliche Meinung in der Bevölkerung zugrunde legt. Und dann setzte eine gesellschaftliche Entwicklung ein, bis man feststellte, so eng wird man die Verfassung nicht weiter auslegen können, um Grundrechtsdefizite zu vermeiden. In der Folgezeit wurden dann auch unverheiratete Menschen, die

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Walther PDP - Sterneküche statt Hausmannskost

Unbestritten hat sich Walther durch seine Erfolge im Bereich der Sportschützen und hier besonders durch die individuellen Anfertigungen nach Kundenwunsch, eine besondere Qualifikation bei der Entwicklung exquisiter Waffen... [\[mehr erfahren\]](#)



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

Suchen

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

ENFORCE TAC 2022 - 01.03.22 - 02.03.22

Auf der Enforce Tac in Nürnberg tauschen sich internationale Sicherheitsexperten über die neuesten Entwicklungen und Produkte aus den Bereichen Law Enforcement, Sicherheit und taktische Lösungen aus. Die Aussteller [\[mehr erfahren\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: info@polizeipraxis.de bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



mit ihrem Kind zusammenlebten, als Familie anerkannt, später auch gleichgeschlechtlich orientierte Menschen mit Kindern.

DP: Könnte man sagen, das Recht lebt mit?

Burmeister: Es ist für die Rechtsprechung ein Balanceakt, einerseits das Wertesystem aufrechtzuerhalten, das verfassungsrechtlich vorgegeben ist, und sich andererseits nicht dem Vorwurf auszusetzen, sich gesellschaftlichen Realitäten zu verweigern. Ich glaube, dass es auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sehr interessant zu sehen ist, wie durch Verfassungsrechtsprechung Freiheitsräume entstanden sind – dies auch für sie selbst. Es ist ja nicht so, dass Grundrechte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ordnungsbehörden bei ihrer Arbeit nur Grenzen setzen. Es sind auch Grundrechtsräume entstanden, von denen sie profitieren, so etwa das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Während man zunächst der Auffassung war, dass bei Beamtinnen und Beamten ein sogenanntes Sonderstatusverhältnis besteht, wodurch ihre Grundrechte gegenüber dem Dienstherrn erheblich relativiert wurden, hat man diese Vorstellung später zu Recht aufgegeben. Sie entstammte noch der Zeit vor Inkrafttreten des Grundgesetzes. Was man allerdings sehen muss und dies gehört auch zur bereits an anderer Stelle angesprochenen Wahrheit dazu: Einerseits ist jeder Soldat, jede Soldatin und jeder Beamte und jede Beamtin Grundrechtsträger, andererseits verlangt das Amt Einschränkungen ab. Das zusammen sind die zwei Seiten einer Medaille. Dazu gehört unter Umständen, dass man sich bei gewissen Äußerungen mäßigt und sich bewusst ist, eine Vorbildfunktion innezuhaben. Dabei ist es häufig eine Herausforderung gerade auch für die Gerichte, die Grenzen zwischen Meinungsfreiheit und Mäßigungsgesbot in jedem Einzelfall zu justieren.

DP: „Das in die Polizei gesteckte Vertrauen sei gerechtfertigt“, heißt es in einem Positionspapier, und die Polizei gewähre „mit Leidenschaft den demokratischen Rechtsstaat“. Wie denken Sie darüber?

Burmeister: Ja, ich teile diese Auffassung. Sie ist voll und ganz gerechtfertigt.

DP: Herr Professor Burmeister, vielen Dank für dieses Gespräch.

Innenleben



Wie vielseitig der Einsatz Tarifbeschäftigter innerhalb der Polizei ist, geht manchmal etwas unter. DP stellt anhand einzelner Beispiele den Facettenreichtum von Einsatzgebieten und Aufgaben sachverständiger Tariffkolleginnen und -kollegen dar.

Imme Hildebrandt



Neben Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten arbeiten in Niedersachsen, dem dienstlichen Heimatland der Autorin, auch Tarifbeschäftigte als Sachverständige für Schuh-/ Reifen- und Handschuhspuren.

Schuh- und Reifenspuren werden den sogenannten Formspuren zugerechnet. Kommen diese an Tatorten vor, so werden sie von der Spurensicherung mittels geeigneter Methoden wie Schwarzfolien gesichert und – in Niedersachsen – im Anschluss zur weiteren Untersuchung an die zuständige Stelle innerhalb des Landeskriminalamtes (LKA) übersendet.

Was man mitbringen muss

Voraussetzung für eine Einstellung ist zunächst ein abgeschlossenes Studium – min-

destens auf einer Fachhochschule – im Bereich der Ingenieurwissenschaften (zum Beispiel Maschinenbau) oder der „Forensic Science“.

Zusätzlich durchlaufen die späteren Spurexpertinnen und -experten zu Beginn ihrer Tätigkeit eine mehrjährige Sachverständigenausbildung, die zentral durch das Bundeskriminalamt (BKA) organisiert wird. Dadurch erarbeiten sie sich ein breit gefächertes Spektrum an Wissen und Erfahrung.

Nach dem Abschluss der Ausbildung und Bestellung zum und zur Sachverständigen erfolgt die ländertarifliche Eingruppierung in die Entgeltgruppe (EG) 11 TdL.

Was gemacht wird

Neben der Vergleichsuntersuchung, bei der ein mutmaßlicher Spurenverursacher an-

DP-Autorin Imme Hildebrandt ist Tarifbeschäftigte in der Kriminaltechnik im niedersächsischen Landeskriminalamt. Sie arbeitet im Bereich DNA/Molekulargenetik.

hand nutzungsbedingter Veränderungen der Wirkfläche (Schuhsohle, Reifenlauffläche, Handschuhgreiffläche) oder anderer individualisierender Merkmale als Spurenversucher identifiziert werden kann, wird in Niedersachsen auch eine „Referenzmusterbestimmung“ angeboten.

Im LKA Niedersachsen wächst seit etwa Mitte der 1980er-Jahre stetig eine Sammlung von Schuh- und Reifenprofilmustern. Diese beinhaltet aktuell knapp 22.000 Schuhprofil- sowie circa 750 Reifenprofilmuster. Und sie steht inzwischen digital zur Verfügung. Deutschlandweit ist die niedersächsische Referenzmustersammlung die Größte ihrer Art. Daher erreichen die niedersächsische Polizei jedes Jahr zahlreiche Anfragen aus anderen Bundesländern, dem BKA sowie dem inner- und außereuropäischen Ausland.

Gute Spuren, schlechte Spuren

Die Profilmuster dienen als Referenz für an Tatorten festgestellte Spuren. Man schließt also von einer schlechten Tatspur auf die verursachende Schuhsohle – oder den entsprechenden Reifen – zurück und kann dadurch Tatzusammenhänge erkennen, Tatserien zusammenführen und Bewegungsbilder erstellen. Außerdem wird bewertet, ob eine Spur auch für eine spätere Vergleichsuntersuchung geeignet sein dürfte.

Für alle festgestellten Referenzmuster gibt es ein späteres Datenblatt, das die wesentlichen Grunddaten des Sohlen- oder Reifenprofils zusammenfasst. Da das Datenblatt neben den bekannten Herstellern und Modellbezeichnungen auch Beispielbilder enthält, dient es gleichzeitig als Fahndungs- und Ermittlungshilfe.

Die Sachverständigen vertreten ihre Gutachten vor Gericht und stehen den Ermittlern und Spurensicherern beratend zur Seite. Zudem unterstützen sie in der Aus- und Fortbildung bei Lehrgängen der Polizeiakademie, stehen im länderübergreifenden Austausch und leisten Amtshilfe insbesondere bei Kapitaldelikten und überörtlichen Tatserien. ■

Hingeschaut



ARBEITS- ODER WEGEUNFALL: TIPPS AUS DEM TARIFBEREICH

Wenn's gescheppert hat

DP-Autor Uwe Wendt erklärt, welche finanziellen Folgen Betroffene nach einem Arbeits- oder Wegeunfall zu erwarten haben.

Uwe Wendt



Ein Arbeitsunfall ist ein Unfall, der sich während der Arbeit ereignet. Ein Wegeunfall passiert auf dem Weg zur oder von der Arbeit nach Hause. In beiden Fällen greift die gesetzliche Unfallversicherung. Die zuständige Berufsgenossenschaft kommt für den Schaden auf.

Doch Vorsicht: die Pausenzeiten während der Arbeitszeit beziehungsweise das Abweichen vom direkten Arbeitsweg schließen grundsätzlich eine Anerkennung als Arbeit- und Wegeunfall aus.

Egal ob als Hausmeister, Bürodienst oder Kraftfahrer: Im Arbeitsalltag kommt es immer wieder zu Unfällen. Die gute Nachricht: Bei einem Arbeitsunfall sind Arbeitnehmer abgesichert, gleiches gilt für einen Wegeunfall.

ein Ereignis eine Unfallanzeige beim Arbeitgeber ausgefüllt werden. Hier werden unter anderem Ort, Zeitpunkt, eventuelle Zeugen, die Art der Verletzung und die ärztliche Erstbehandlung abgefragt.

Durch die zuständige Berufsgenossenschaft ergeht ein Bescheid über die Anerkennung beziehungsweise Ablehnung eines Arbeitsunfalls. Bei Anerkennung liegt ein Arbeitsunfall im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung vor. Bei Arbeitsunfähigkeit durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit und während der Dauer der medizinischen Rehabilitation zahlen die Berufsgenossenschaften nach Ablauf der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber das Verletztengeld (Paragraf 45 Sozialgesetzbuch (SGB) VII). Dieses wird zwar auch über die Krankenkassen ausgezahlt, ist aber nicht mit dem Krankengeld der Kassen gleichzustellen: Während das Krankengeld in der gesetzlichen Krankenversicherung 70 Prozent des entgangenen regelmä-

Zeitnah handeln

Unabhängig von der Schwere der Verletzung sollte zeitnah nach dem Schadensere-

DP-Autor Uwe Wendt

kommt aus dem Landesbezirk Sachsen und ist Mitglied in der GdP-Bundestarifkommission.

igen Bruttoentgelts ausmacht, beträgt das Verletztengeld 80 Prozent des Regelentgelts, darf aber nicht höher sein als das regelmäßige Nettoarbeitsentgelt. Abgezogen davon werden dann noch die Beitragsanteile zur Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Ausgleich

Das Verletztengeld gleicht also das ausfallende Einkommen aus und stellt den Lebensunterhalt des Verletzten und seiner Angehörigen sicher. Es ist von dem Tage an zu zahlen, ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird. Wegen der vorrangigen Lohn- oder Gehaltsfortzahlung beginnt die Zahlung des Verletztengeldes in der Regel erst mit der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit. Die Zahlungen enden mit dem letzten Tag dieser. Wenn die bisherige Tätigkeit nicht mehr aufgenommen werden kann und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht in Betracht kommen, endet das Verletztengeld spätestens mit Ablauf der 78. Woche, jedoch nicht vor Ende einer stationären Behandlung.

Ansprechpartner Unfallkasse

Konsequenz all dessen ist es auch, dass die Unfallkasse zentraler Ansprechpunkt

für alle durch die Verletzung entstandenen Probleme ist. Diese wird auch für alle notwendigen Kosten eintreten. Das heißt, dass Zuzahlungen, die wie im üblichen Krankenstand durch Heilfortbehandlungen entstehen, erspart bleiben.

Schmerzensgeld oder ähnliche Leistungen gegen den Arbeitgeber könnten nur geltend gemacht werden, wenn ein Arbeitsunfall vorsätzlich provoziert worden wäre mit der Absicht, dem Arbeitnehmer zu schaden.

Sollten gravierende Unfallfolgen über die 26. Woche nach dem Versicherungsfall hinaus noch vorhanden sein, wird über einen Anspruch auf eine Unfallrente entschieden. Voraussetzung dafür wäre, dass eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) um mindestens 20 Prozent vorliegt.

Sollte die Anerkennung eines Arbeits- oder Wegeunfalls beziehungsweise die Festsetzung eines Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit in einen Rechtsstreit münden, ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit dem bekannten umfassenden Rechtsschutz und Fachanwälten für die Vertretung eurer Interessen da.

Achtet auf Euch und bleibt gesund! ■

REISEMARKT

ANZEIGE

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Smart City

Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 129,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

www.Polizei-Dein-Partner.de

DP
DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 10 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: hamburg_berlin/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2022.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

186.722 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

Manfred Reuter

Versammlungsgesetz NRW

1. Auflage 2022

Umfang: 160 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 22,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0918-9

Am 07.01.2022 ist das „Versammlungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ (VersG NRW) in Kraft getreten und löst das bisher in NRW geltende „Gesetz über Versammlungen und Aufzüge“ (VersG) des Bundes ab. In diesem Buch erläutert der Autor die Normen des neuen Versammlungsgesetzes, verbunden mit dem Anspruch, eine knappe, inhaltlich komprimierte wie auch übersichtliche und damit „alltags-taugliche“ Kommentierung für das polizeiliche Studium und für die polizeiliche Praxis vorzulegen.

Stefan Goertz

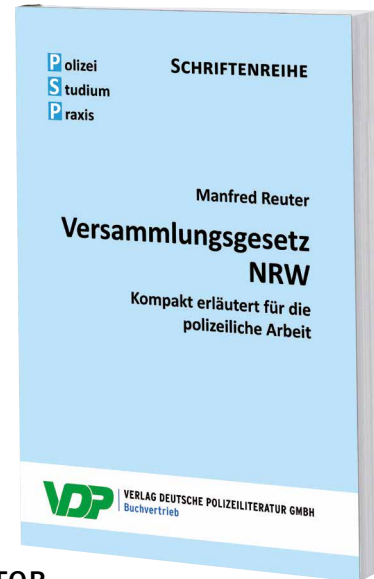
Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland

1. Auflage 2021

Umfang: 224 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

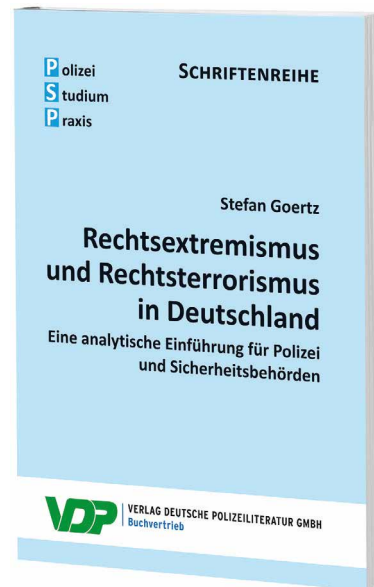
Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0899-1

Für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland stellen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus im Augenblick und prognostisch für viele Jahre eine wesentliche Bedrohung dar. Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, ist die Kenntnis von rechtsextremistischen Strukturen, Erscheinungsformen und Handlungsweisen insbesondere für die Polizei und Sicherheitsbehörden unverzichtbar. Stefan Goertz liefert hier mit seinem Buch eine kompakte Darstellung des gegenwärtigen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland.



DER AUTOR

Dr. Manfred Reuter, Dipl.-Verw. (FH), ist Erster Polizeihauptkommissar a.D. und war bis 2019 in leitender Position in der Polizei des Landes NRW tätig.



DER AUTOR

Prof. Dr. Stefan Goertz, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

BAMBUS – EINE NACHHALTIGE ALTERNATIVE ZU HOLZ UND KUNSTSTOFF

Ladestation „Bambus“

Induktive Ladestation inkl. zwei USB-TYPE-A Anschlüssen, 5 W. 9 x 9 x 1 cm.

160908

☀ 7,95 € 9,95 €



Ladekabel „Bambus“

6-in-1-Ladekabel mit R-PET-Ummantelung.

Type A ▶ Micro USB Type C ▶ Micro USB
Type A ▶ Lightning Type C ▶ Lightning
Type A ▶ Type C Type C ▶ Type C

Ausgang: Micro USB, Lightning und Type C.

Eingang: Type C und Type A. 4,5 x 3 x 1 cm.

160927

☀ 5,75 € 7,20 €



Lautsprecher „Bambus“

Kabelloser Lautsprecher. Silikonboden. Ausgangsleistung 3 W, maximale Spieldauer drei Stunden. Mit Stimmungslicht. 6 x 6 x 5 cm.

160709

☀ 11,95 € 14,95 €



Powerbank „Bambus“

Powerbank. 5.000 mAh. 10 x 7 x 1,5 cm

160854

☀ 13,65 € 17,35 €



Kugelschreiber „Bambus“

Kugelschreiber-Korpus aus Bambusmaterial. Clip, Drücker und Spitze Metall. Blauschreibend.

010818

☀ 0,65 € 0,85 €



Der neue OSG-
Werbemittelkatalog
2023 ist da!



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:
www.osg-werbemittel.de